KI magazin

Kommunale Information des Verbands sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ

Nummer 02 | 2023

© Rainer Friedl

Starke Minderheit:

Gmünd, Bezirk Gmünd

Seiten 18 und 19

Ortsreportage:

ZWÖLFAXING

Raus aus den roten Zahlen erst unter roter Führung

ab Seite 22

Menschen im Gemeinderat:

Peter Reitzner (Bild), Gudrun Friedrich und Stefan Winter

Seiten 11, 33, 39

Fachartikel von Experten

... über Künstliche Intelligenz, Amtsgeheimnis & Auskunftspflicht und die VRV-Novelle

Seiten 28, 40, 42

SCHWARZ-BLAU AUF DIE FINGER SCHAUEN

KONTROLL-LANDESRAT und SPNÖ-Vorsitzender Sven Hergovich in seinem ersten großen KI magazin-Interview.

ab Seite 13

Kommunal sind wir. Bildung sind wir. Business sind wir.

Unsere Lösungen. Ihre Zukunft.

Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit mit unseren Kund:innen und Geschäftspartner:innen und wünschen allen:

Besinnliche Festtage und einen guten Rutsch ins Jahr 2024!

Besuchen Sie uns online:
www.gemdatnoe.at

gemdatnoe

gemdat Niederösterreichische Gemeinde-Datenservice GmbH
2100 Korneuburg • Girakstraße 7 • 02262/690-0 • gemdat@gemdatnoe.at

inhalt.

DJ BGM

Mit 27 Jahren zählt Peter Reitzner (Bild) zu den jüngsten BürgermeisterInnen des Landes. Als DJ hat er gelernt, mit Menschen umzugehen – auch mit tausenden gleichzeitig. Zur Leidenschaft für die Musik kommt eine weitere: die für seine Heimatgemeinde Wilhelmsburg.

Ortsreportage Zwölfaxing

Die gelernte Betriebswirtin Astrid Reiser (Bild), drehte die schwarze Gemeinde nicht nur auf rot, die „zua'graste" Steirerin holte sie als neue Bürgermeisterin auch gleich innerhalb kürzester Zeit noch aus den roten Zahlen.

Starke Minderheit

Klare Kante gegenüber der ÖVP, eine klare Politik für die Menschen – dieses Rezept bewährt sich gerade bei der SPÖ der Stadt Gmünd. Nach harten Jahren segelt dort eine runderneuerte rote Fraktion (Foto) wieder auf Erfolgskurs.

04 **KOPAK Seminare**
Alle KOPAK Seminare im Frühjahrssemester 2024.

07 **Editorial**
Der Präsident über den neuen FAG, alte Probleme und neue Abgaben.

08 **Sieben Neue im Bürgermeisteramt**

13 **Sven Hergovich spricht Klartext**
Der neue SPNÖ-Chef im großen KI magazin-Interview.

20 **Neue Autorin bei „frau kommunal"**

28 **Künstl. Intelligenz in der Verwaltung**
Sie kann Prozesse optimieren, Ressourcen sinnvoll einsetzen.

31 **Jugend in der EU**
Die EU und die Jugend (JG) in den nö. Gemeinden.

33 **Tausendsassa**
Gudrun Friedrich aus Pyhra im Bezirk St. Pölten-Land.

37 **Seniorenfreundlich**
Wieder gesucht: Seniorenfreundliche Gemeinden.

39 **Einen Schritt aufeinander zugehen**
Portrait S. Winter, Gresten-Land.

40 **Der Gemeinde-Rat I**
Verbandsjuristin Mag.ª Sabine Blecha über Auskunftspflicht und Amtsgeheimnis.

42 **Der Gemeinde-Rat II**
KDZ-ExpertInnen über die VRV-Novelle.

KOMMUNAL POLITISCHE AKADEMIE

KAMPAGNENPLANUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Herausforderungen für eine Ortsorganisation sind mannigfaltig. Die Planungsarbeit für ein Arbeitsjahr bietet beste Chancen, die Strukturen und die Arbeitsorganisation zu verbessern und sich fit für die Gemeinderatswahl 2025 zu machen.

16. und 17. Februar 2024
15. und 16. März 2024
12. und 13. April 2024

WEBINAR GEMEINDEORDNUNG

Ein profunder erster Überblick über die Arbeit der GemeindevertreterInnen.

9. April 2024 Teil 1
11. April 2024 Teil 2

WEBINAR GEMEINDEFINANZEN

Schwerpunkt ist der neue VRV Rechnungsabschluss. Anhand praktischer Beispiele sollen die TeilnehmerInnen das Rechnungs- und Finanzwesen der Gemeinde verstehen und nützen lernen.

12. Jänner 2024

FOTOGRAFIEREN FÜR DIE POLITIK

Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte, heißt es … Gerade in der politischen Kommunikation werden gute Fotos immer wichtiger. Aber was ist ein „gutes" Foto? Und wie schaffen wir es, solche Fotos auch unter Zeitdruck zu machen?

12. und 13. April 2024

FACEBOOK, INSTAGRAM UND CANVA FÜR EFFEKTIVES SOCIAL MEDIA MARKETING

Das Seminar richtet sich sowohl an Anfänger als auch an Fortgeschrittene im Bereich des Social Media Marketings. Es ist besonders geeignet, um die Social-Media-Präsenz zu verbessern.

19. April 2024
24. Mai 2024

PRÜFUNGSWESEN

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Ein ganz wichtiges politisches Instrument in der Arbeit der GemeindevertreterInnen ist das des Prüfungswesens. Vermittlung eines Überblicks über die Aufgaben und Schwerpunkte.

17. Mai 2024

FÜHRUNGSKRÄFTE IN DEN GEMEINDEN

In diesem Spezialseminar für BürgermeisterInnen geht es um folgende Themen: Führung sichtbar machen – Entwicklungen frühzeitig erkennen – Zutrauen erwerben – Emotionen einsetzen – Deutungshoheit erreichen – Angebot attraktiv halten – Zusammenhalt fördern.

Termin wird noch bekanntgegeben.

WER NEUE KRÄFTE IM GEMEINDERAT WILL, MUSS BESSER SUCHEN.

Wie suchen, wie finden, wie auswählen, wie einbinden? Diese Fragen bilden die Schwerpunkte des Seminars. Eine Vielzahl von Methoden dazu und praktische Beispiele für die Suche werden ebenfalls geboten.

1. März 2024
16. März 2024

MIT MINI-AUFWAND KLEINE KAMPAGNEN PLANEN UND UMSETZEN

Mit Kampagnen verbindet man in der Regel viel Aufwand und Kosten. Dass es auch ganz anders geht, zeigt diese Tagung auf fast unterhaltsame Weise. Mit einfachsten Aktionen und Medien, Themen zu DEN Themen machen.

25. Mai 2024

GRUNDLAGEN DER KOMMUNALPOLITISCHEN RETHORIK

3. und 4. Mai

SEMINARE FRÜHJAHR 2024: DA IST FÜR JEDE/N WAS DABEI!

Am 11.Jänner 2024 geht's los mit dem traditionellen Neujahrsempfang des NÖ GVV in St.Pölten. Mit dabei auch Sven Hergovich und Andreas Babler. (Zu dieser Veranstaltung wird gesondert eingeladen, Anmeldung erforderlich).

Ebenfalls im Jänner beginnen die ersten Seminare der Kommunalpolitischen Akademie des NÖ GVV. Genaue Termine, Veranstaltungsorte und alle Details bzw. Anmeldungen auf der Website kopak-noe.at. Hier ein kurzer Überblick.

ALLE INFOS UNTER kopak-noe.at

© istock.com/StockGood

SCHWARZ-BLAUES KÜRZUNGSBUDGET

Wo Schwarz-Blau spart*

Familien –69%

Wohnbauförderung –20%

Gesundheit –10%

Was sie mit unserem Geld machen*

PR-Budget:

Landesregierung +20%

Landtag +52%

*im Vergleich zum Vorjahr

SPÖ Niederösterreich

editorial.

NEUER FAG. ALTE PROBLEME. NEUE ABGABE. NEUJAHRSEMPFANG.

© NÖ GVV / Werner Jäger

Die Verhandlungen zum Finanzausgleich sind abgeschlossen und ich verhehle nicht, dass ich vom Ergebnis enttäuscht bin. Denn unserer zentralen Forderung, den vertikalen Verteilungsschlüssel zu ändern, ist der ÖVP-Finanzminister nicht nachgekommen.

Die Gemeinden erhalten derzeit von dem 100 Milliarden Budgetkuchen auf Bundesebene nur 11,88 Prozent. Die Forderung der sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen war eine Steigerung auf 15 Prozent. Das hätte für die Gemeinden einen großen Wurf bedeutet. Aber dem war leider nicht so. Nun müssen wir damit leben, dass wir zwar mehr Geld für die Bereiche Gesundheit und Pflege bekommen, was natürlich gut ist, aber der sogenannte Zukunftsfonds im Ausmaß von 1,1 Milliarden Euro kann nicht die zusätzlichen Gelder ersetzen, die wir mit der Änderung des Verteilungsschlüssels erreichen wollten.

Ich finde, dieser Finanzausgleich ist auch nicht besonders innovativ. Ich war auch der Erste, der das gesagt hat, weil die Reform der Grundsteuer, die Transferentflechtung, das heißt die Finanzierung von Gesundheit und Pflege, wieder verschoben wurde. Und auch weil die Finanzierbarkeit der Investitionen in die Klimawandelanpassung nicht grundlegend geklärt ist. Es ist leider so, dass wir in vielen Bereichen merken, dass es kaum noch Gemeinden gibt, die 2025 ihr Budget ausgeglichen erstellen können. Und ich betone es auch an dieser Stelle wieder, dass der finanzielle Anteil für die Kommunen immer kleiner wird und die Aufgaben jedoch immer mehr. Das kann so nicht weitergehen. Deshalb werden viele Gemeinden in den kommenden Jahren vor der Problematik stehen, sich ausschließlich nur mehr auf ihre Grundaufgaben zur Daseinsvorsorge konzentrieren zu müssen.

Wir haben Hilferufe von Gemeinden aus dem gesamten Bundesgebiet. In Kärnten sind sogar von insgesamt 132 Gemeinden alle Abgangsgemeinden geworden. Es erreichen uns sogar Hilferufe von früher sehr wohlhabenden Gemeinden aus dem Westen Österreichs. Deshalb kann ich auch die medial dokumentierte Zufriedenheit der Landeshauptleute in ganz Österreich und der ÖVP-GemeindevertreterInnen mit diesem Finanzausgleich ganz und gar nicht verstehen. Denn die Realität sieht völlig anders aus und wird die Kommunen in den nächsten Jahren vor riesige Herausforderungen stellen.

Derzeit wird auch eine neue Abgabe diskutiert, die Zweitwohnsitzerabgabe. Ich denke, dass das ein geeignetes Modell ist, dass wir von den ZweitwohnsitzerInnen Geld erhalten, dass diese BürgerInnen auch Geld in die Gemeinde einbringen. Bei dieser Abgabe halte ich das Modell der Steiermark für ZweiwohnsitzerInnen oder auch für Leerstände mit einer Abgabe bis zu 1.000 Euro pro Jahr für angebracht. Da bin schon sehr auf die Gespräche gespannt. Das wäre eine sinnvolle Einnahme und auch ein kräftiger Hebel im Kampf gegen Leerstände in den Kommunen.

Abschließend freue ich mich schon auf unseren traditionellen Neujahrsempfang, der diesmal am 11. Jänner 2024 im AK-Zentrum St. Pölten über die Bühne gehen wird, und auch auf unsere NÖ GVV-Bezirkstour, die wir derzeit planen, und wo wir gemeinsam mit der Landespartei alle 20 Bezirke besuchen werden, um uns auf die bevorstehende Gemeinderatswahl optimal vorzubereiten.

Herzlichst Euer

NÖ GVV-Präsident

SIEBEN NEUE BÜRGERMEISTER:INNEN

In sieben sozialdemokratisch geführten Gemeinden kam es seit der letzten Ausgabe des KI magazins zu einem BürgermeisterInnenwechsel. In chronologischer Reihenfolge: Schwarzau im Gebirge (Bezirk Neunkirchen), Bad Deutsch-Altenburg (Bezirk Bruck/Leitha), Mailberg (Bezirk Hollabrunn), Breitenau (Bezirk Neunkirchen), Heidenreichstein (Bezirk Gmünd), Traisen (Bezirk Lilienfeld) und Enzenreith (Bezirk Neunkirchen).

Traisen: Herbert Thumpser übergibt an Monika Feichtinger.

Schwarzau im Gebirge – Michael Streif (58) hatte vom 10. Jänner 2012 bis zum 19. Juni 2023 engagiert zum Wohle seiner Heimatgemeinde als Bürgermeister gearbeitet. Seinen Rückzug zur Mitte dieser Amtsperiode hatte er schon vor der GRW 2020 angekündigt. Der Bürgermeisterwechsel war also für niemand eine Überraschung. Streif wird dem Ortsparlament als einfacher Gemeinderat noch bis Dezember 2024 erhalten bleiben. Zu seinem Nachfolger wurde am Abend des 29. Juni der bisherige geschäftsführende GR Peter Lepkowicz (52) mit 13:2 Stimmen gewählt. In Schwarzau im Gebirge schaut die Mandatsverteilung so aus: 10 SPÖ, 5 ÖVP. Lepkowicz ist verheiratet, Vater von drei Töchtern (18, 20, 21) und im Brotberuf als Leiter der Forstverwaltung Wien Quellenschutz für ein riesiges Gebiet vom Hochschwab bis rund um Rax und Schneeberg verantwortlich. Als Bürgermeister will der Herr Oberforstrat „den gemeinsamen Weg mit der ÖVP fortsetzen".

Bad Deutsch-Altenburg – Am 30. Juni 2023 trat Hans Wallowitsch als Bürgermeister von Bad Deutsch-Altenburg zurück, als „Geschäftsführender" bleibt er dem Gemeinderat erhalten. Im Gemeinderat sitzt Wallowitsch schon seit 1980 - also seit 43 Jahren(!). Am 11. Juli wurde Petra Wagener, Betreuerin im örtlichen Kindergarten, zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Wagener ist ledig und Mutter von zwei erwachsenen Töchtern. Ihren Brotberuf will Wagener auch als neue Ortschefin, allerdings stundenreduziert, weiter ausüben. Im Gemeinderat ist Wagener schon seit 14 Jahren tätig, fünf davon als „Geschäftsführende".

Schwarzau im Gebirge: Neo-Bgm. Peter Lepkowicz.

Mailberg – Der überraschende Tod (Herzinfarkt) des überaus beliebten Langzeit-Bürgermeisters Herbert Goldinger am 2. Juli war ein Schock für Familie, Freunde und die Politik. Herbert Goldinger war seit 1995 Bürgermeister der Gemeinde Mailberg im Bezirk Hollabrunn. Dem Gemeinderat gehörte er schon seit 1980 an. Goldinger wurde nur 69 Jahre alt. NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak: „Herbert Goldinger war ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele, der mit unermüdlichem Einsatz sein ganzes Leben dem Dienst an der Öffentlichkeit gewidmet hat. Nicht nur politisch, sondern auch menschlich hinterlässt er eine große Lücke. In seiner Funktion als Vizepräsident des NÖ GVV hat mich mit Herbert Goldinger eine langjährige Freundschaft und eine herausragende Zusammenarbeit verbunden."

Vom Gemeinderat (SPÖ 10 Mandate, ÖVP 5) wurde der bisherige Vizebürgermeister Christoph Hohl (46) am 12. Juli einstimmig (13 von 14 abgegebenen Stimmen, ein Stimmzettel blieb leer) zum neuen Bürgermeister von Mailberg gewählt. Zum neuen Vizebürgermeister avancierte Thomas Gruber (52). Hohl ist im Brotberuf Fahrschullehrer, privat lebt er in einer festen Beziehung und ist Vater von einer Tochter von 13 und einem Sohn von sieben Jahren.

Breitenau am Steinfeld – Am 7. September wurde der bisherige Vizebürgermeister Robert Kwas (52) vom Gemeinderat zum Nachfolger von Bürgermeister RegR Helmut Maier (59) gewählt. Von den insgesamt 19 Mandaten im Breitenauer Gemeinderat hält 14 die SPÖ, vier die ÖVP und eines die FPÖ. Bei der Bürgermeisterwahl mit 18 anwesenden MandatarInnen konnte Robert Kwas 17 Stimmen für sich verbuchen, eine Stimme war ungültig. Vorgänger Helmut Maier hatte sein Amt mit 31. August 2023 zurückgelegt. Er war seit 1990 Mitglied des Gemeinderats, ab 2008 Bürgermeister. Neo-Ortschef Robert Kwas ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Im Brotberuf arbeitet er bereits seit 1993 als Angestellter bei der Gemeinde.

Mailberg: Neo-Bgm. Christoph Hohl.

© zVg

Enzenreith: Franz Antoni (l.), der dienstälteste aller roten BürgermeisterInnen Österreichs, übergibt an Neo-Bgm. Dirk Rath und den neuen Vizebürgermeister Hans Haiden (r.).

Heidenreichstein: Neo-Bürgermeisterin Alexandra Weber und ihr Amtsvorgänger Gerhard Kirchmaier. Die Wahl gestaltete sich ziemlich spannend.

Heidenreichstein – Bgm. Gerhard Kirchmaier (67) war am 20. September als Stadtchef aus persönlichen Gründen zurückgetreten. Er gehörte dem Gemeinderat schon seit 1995 an, war 2009 zum Vizebürgermeister avanciert und wurde 2010 Bürgermeister. Die BGM-Neuwahl am 28. 9. gestaltete sich dann sehr spannend. Denn offiziell hat die SPÖ in der Walviertelmetropole zwölf Sitze im Gemeindeparlament, wobei sich aber ein SPÖ-Mandatar für ein fraktionsfreies Dasein entschieden hat. Die ÖVP steht bei zehn Mandaten, die Grünen halten zwei und die FPÖ verfügt über einen Mandatar. Im ersten Wahlgang erreichten die SPÖ-Kandidatin GGRin Alexandra Weber und ihre Konkurrentin, die ÖVP-Vizebürgermeisterin, jeweils zwölf Stimmen, eine war ungültig. Erst im zweiten Wahlgang entfielen auf Weber 13 und auf ihre Gegenkandidatin zwölf Stimmen. Neo-Stadtchefin Weber (44) ist Bankangestellte von Beruf, lebt in einer fixen Beziehung und hat mit ihrem Partner einen gemeinsamen Sohn (10). Um sich zu entspannen, bastelt sie gerne und lebt ihre Kreativität für Adventmärkte aus.

Breitenau: Neo-Bgm. Robert Kwas.

Traisen – Nach 28 Jahren an der Gemeindespitze hat Herbert Thumpser am 12. Oktober sein Bürgermeisteramt niedergelegt. Am 24. Oktober hat der Gemeinderat Monika Feichtinger mit 14 von 20 abgegebenen Stimmen zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Fünf Stimmen waren ungültig, eine ging an Waldbauer von der ÖVP. Auch bei der Vizebürgermeister-Wahl wurden 20 Stimmen abgegeben, davon waren 13 gültig. Mit zwölf Stimmen wurde Christopher Indra (SPÖ) zum neuen Vizebürgermeister gewählt, eine Stimme ging an Wolfgang Schäder (SPÖ).

Neo-Bürgermeisterin Feichtinger ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Töchtern (32, 29). Im Brotberuf führt sie gemeinsam mit ihrem Mann Kurt einen eigenen Installationsbetrieb. Das will sie auch weiterhin so halten. Feichtinger: „In der heutigen Zeit, mit all den technischen Möglichkeiten, geht das ganz gut. Es bedarf halt einer guten Wochenplanung." Zum Entspannen von Arbeit und Politik hat Feichtinger in den letzten Jahren das Wandern auf den umliegenden Bergen für sich entdeckt.

Enzenreith – Dirk Rath (54) wurde am Abend des 13. November vom Gemeinderat mit 18 von 18 abgegebenen Stimmen zum Nachfolger von Bürgermeisterlegende Franz Antoni (66) gewählt. Mehr als 32 (!) Jahre war Antoni Bürgermeister. 1986 ging er in den Gemeinderat, 1992 wurde er Bürgermeister. Damals hat der amtierende Ortschef völlig überraschend unter der Periode zurückgelegt und nur der junge Antoni hatte sich als einziger SPÖler – nach Absagen aller anderen Kandidaten – bereit erklärt, das Amt bis zur nächsten GRW übernehmen zu wollen. Doch der gelernte Hochbau-Ingenieur avancierte von einer Notlösung zum Dauerbrenner. Er hat bei jeder GR-Wahl dazugewonnen, die absolute SP-Mehrheit ausgebaut.

Neo-Bürgermeister Dirk Rath ist bereits seit 2005 Mitglied des Gemeinderats, 2024 ging er in den Gemeindevorstand und übernahm den Ortsparteivorsitz. Im Brotberuf ist Rath seit 2012 für die Firma Resopal tätig, wo er für den Vertrieb in Österreich, Slowenien und Kroatien zuständig ist. Rath ist seit 32 Jahren verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter.

Bad Deutsch-Altenburg: Hans Wallowitsch übergab an Petra Wagener.

Bürgermeister
Peter Reitzner

„MIT BEIDEN BEINEN AM BODEN STEHEN“

© Fotos und Text: Rainer Friedl

menschen im gemeinderat.

Mit 27 Jahren zählt Peter Reitzner zu den jüngsten Bürgermeistern des Landes. Als DJ hat er gelernt, mit Menschen umzugehen – auch mit tausenden gleichzeitig. Zur Leidenschaft für die Musik kommt eine weitere: die für seine Heimatgemeinde Wilhelmsburg.

„Man muss irgendwann im Leben Verantwortung übernehmen – und zwar nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen.“ Peter Reitzner war 17, als er – der Einladung eines SPÖ-Urgesteins folgend – sein Engagement in der SPÖ Wilhelmsburg im Bezirk St. Pölten begann. Lange nachdenken musste er dafür nicht, denn „am Ende des Tages ist die SPÖ immer auf der richtigen Seite gestanden – auf der Seite der Menschen“.

„Kommunikation ist das Um und Auf“

„Als DJ musst du einen Spannungsbogen halten. Wenn du immer nur Vollgas fährst, wird’s den Leuten auch zu viel. Du musst wissen, wie man die Leute liest. Was wollen sie hören und welches Lied passt aufs letzte? Das ist ziemlich kompliziert, ich red’ beim Auflegen mit niemandem, weil ich mich einfach konzentriere. Was machen die Leute, was spiel ich als Nächstes, was kommt jetzt gut an. Da bin ich in meinem Tunnelblick nur aufs Auflegen fixiert. Nach 10 Stunden geh ich runter und bin erledigt.“ Als DJ hat er an den Reglern natürlich kommerzielle Bedürfnisse befriedigt, oft aber auch eigene Kompositionen verwendet. „Da habe ich Musik, die kein anderer hat.“ Wenngleich für ihn jede Art der Musik ihre Berechtigung hat, sind seine persönlichen Favorits in der House-Szene zu finden. „Worakls, ein Pariser DJ, extremst lässig. Oder Dennis Ferrer aus New York.“ Lässt sich schwer beschreiben, Hörbeispiele gibt’s jede Menge im Internet. Welche Erfahrungen man für die Politik machen kann? „Kommunikation ist das Um und Auf. Nur mit Emotionen wo reinzugehen, ist fahrlässig.“ Besonders wichtig: „Du musst Verständnis für die Menschen und ihre Bedürfnisse haben. Dann öffnen sie sich.“

Ein leidenschaftlicher Wilhelmsburger

Nach kommunalpolitisch turbulenten Zeiten wurde Peter Reitzner 2023 vom Gemeinderat mehrheitlich zum neuen Bürgermeister gewählt. „Als Bürgermeister musst du der uneigennützigste Mensch in der Gemeinde sein. Sonst verkaufst du deine Seele“, ist er überzeugt und sieht sich in seiner neuen Funktion auch als Mediator.

„Irrsinnig wichtig“ ist ihm die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen. „Für mich sind nicht so sehr die Parteien wichtig, sondern die Menschen, die dahinterstehen.“ Mit „Herzblut für die Stadt“ ist er viel unterwegs und redet mit vielen. „Wenn ich um eine Leberkässemmel gehe, kann’s schon vorkommen, dass ich erst in einer Stunde wieder aus dem Geschäft komme, weil ich so viele Menschen treffe, die reden wollen.“ Und sein Herzensanliegen? „Das Gemeinsame. Wichtig ist, dass die Gemeinde enger zusammenrückt. Wir brauchen alle: die Wirtschaftstreibenden, die Vereine, die Arbeiter, die Idealisten, die Visionäre. Die holen wir an einen Tisch und fragen: Wie schaut für Euch die Gemeinde der Zukunft aus?“

interview.

„WIR WERDEN SCHWARZ-BLAU GANZ GENAU AUF DIE FINGER SCHAUEN!“

Sven Hergovich, der junge Landesparteivorsitzende der SPÖ Niederösterreich, fühlt sich in seiner neuen Rolle als Kontroll-Landesrat wohl. Im großen KI magazin-Interview spricht er über seinen spontanen Wechsel vom nö. AMS-Chef in die blau-gelbe Landespolitik und seine ersten Erfahrungen dort, darüber, was in Niederösterreich schief läuft und was die Menschen von ihm erwarten können.

Sie waren ein erfolgreicher und innovativer AMS-Chef. Dann folgten Sie dem Ruf der SPÖ Niederösterreich und wechselten als Quereinsteiger in die Landespolitik. Haben Sie diesen Schritt schon mal bereut?

Nein. Denn ich habe im AMS zwar erlebt, dass man viele neue Modellprojekte starten kann. Wir haben da ja das erste Arbeitsplatzgarantieprojekt mit dem Modellprojekt Marienthal ins Leben gerufen, und ich habe – gemeinsam mit Markus Wieser – das europaweit erste Klimaschutzausbildungszentrum initiiert.

Dabei musste ich allerdings erfahren, dass man in der Funktion als AMS-Chef zwar Modellprojekte starten kann, aber dass die Vollausrollung immer nur von Seiten der Politik geschieht. Ich habe dann für mich entschieden: Wenn das immer an den politischen Handelnden scheitert, wenn das alles Dinge sind, die die ÖVP nicht will, dann muss man selber in die Politik gehen, um es besser zu machen. Und ich erlebe nun, dass man auch aus unserer Oppositionsrolle heraus, deutlich mehr bewegen kann, als ich selber für möglich gehalten hätte. Wenn man sich beispielsweise an die Diskussion, die wir losgetreten haben, erinnert, dass die Sparzinsen sehr niedrig sind und gleichzeitig die Kreditzinsen in die Höhe schießen, sodass die Banken damit Milliarden-Rekordgewinne machen, dann haben wir mit unserem Druck durchgesetzt, dass die Banken immerhin 30 Millionen Euro an die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zurückgegeben haben.

Da zeigt sich schon, dass unsere Kontrolltätigkeit sehr, sehr gut wirkt. Also ich bereue den Wechsel in die Politik ganz und gar nicht, weil man hier wirklich viel bewegen kann. Mir geht's ja darum, das Leben für die arbeitende Bevölkerung in Niederösterreich besser zu machen. Und ich bin überrascht, wie viel da auch aus der Oppositionsrolle, aus unserer Kontrolltätigkeit möglich ist.

Der Wechsel ging ja alles andere als einfach über die Bühne. Besonders die Sondierungsgespräche mit der ÖVP waren, sagen wir mal, bemerkenswert. Klub-Chef Hannes Weninger meinte bei einem Interview an dieser Stelle sogar, dass die ÖVP trotz einiger Gesprächsrunden gar nicht ernsthaft verhandeln wollte. Wie haben Sie das empfunden?

Es ist mittlerweile erwiesen – und das wird ja auch hinter den Kulissen bestätigt –, dass das nur Scheinverhandlungen waren und von Anfang an Schwarz-Blau geplant war. Wobei ich auch immer dazusage: Das geht aus meiner Sicht in Ordnung, denn jede Partei darf selbstverständlich selbst entscheiden, mit wem sie koaliert. Und wenn die ÖVP sagt, dass sie lieber mit der FPÖ koaliert, dann ist das von unserer Seite her zur Kenntnis zu nehmen. Natürlich hätten wir uns mehr Ehrlichkeit gewünscht, dann hätte die ÖVP sich und uns diese Scheinverhandlungen ersparen können. Aber Schwamm drüber. Jetzt nehmen wir unsere Kontrolltätigkeit wahr und schauen Schwarz-Blau genau auf die Finger, damit nicht zu viel Schaden für Niederösterreich angerichtet wird.

Die SPNÖ befindet sich nun in der herausfordernden Situation, dass sie wegen des Proporzsystems zwar zwei Sitze in der Landesregierung hat, aber trotzdem auch die Oppositionsrolle

bedienen muss...

Tatsächlich ist es so, dass wir eine Kontrollfunktion in der Landesregierung eingenommen haben. Dazu muss man wissen, dass das System in Niederösterreich, im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern so ist, dass die meisten Beschlüsse nur in der Landesregierung fallen und dem Landtag gar nicht zur Kenntnis gebracht werden. Das heißt, wenn man hier wirklich das schwarz-blaue System kontrollieren will, dann muss man das so machen, wie wir es durchziehen. Mit Erfolg, wie auch das schon erwähnte Beispiel mit den Banken zeigt.

Dass Sie nun als Kontroll-Landesrat agieren, ist also ein Resultat aus dieser einmaligen Situation ...

Genau. Das ist jetzt die Funktion, die ich in der Landesregierung innehabe. Diese Kontrolltätigkeit ist etwas, was sehr gut funktioniert und den NiederösterreicherInnen und Niederösterreichern viel Geld spart. Und dass diese Kontrolltätigkeit so gut funktioniert, ist der Grund, dass sich Schwarz-Blau so sehr über meine Kontrolltätigkeit empört.

Denn sie wissen genau, dass das vieles, von dem, was sie vorhätten verhindert. Wir werden ganz genau darauf achten, dass das Geld der NiederösterreicherInnen und Niederösterreicher gut investiert wird. Denn was schon auffällt: Wir sind zwar das einkommensstärkste Bundesland, unsere schwarz-blaue Landesregierung jedoch am wenigsten Dienstleistungen für die eigene Bevölkerung auf den Boden bringt. In Wien, im Burgenland, in Kärnten haben wir längst die ganztägige kostenlose Kinderbetreuung. In Wien wird pro Kopf sechsmal so viel in den öffentlichen Verkehr investiert. Im Burgenland gibt's den Mindestlohn und dort werden pflegende Angehörige angestellt.

„Diese Kontrolltätigkeit ist etwas, was gut funktioniert und den NiederösterreicherInnen viel Geld spart."

© www.fotoplutsch.at

In anderen Bundesländern, obwohl sie ärmer sind als Niederösterreich, gibt es mehr Dienstleistung für die eigene Bevölkerung. Der Grund dafür ist sehr simpel: Bei uns reicht das Geld nicht, weil so viel im schwarz-blauen System versickert. Weil wir die Spitzenreiter bei den Überförderungen sind. Da hat vor meiner Kontrolltätigkeit niemand kontrolliert, wer da eigentlich abkassiert, doppelt oder dreifach gefördert wird.

Und wir haben auch unglaublich viele Landesgesellschaften, mehr als alle anderen. Wo wir Vorstände, Geschäftsführer, Aufsichtsräte und eine riesige Flut an Werbematerialien zu finanzieren haben. Das kommt alles unglaublich teuer. Ein aktuelles Beispiel ist, dass die EVN einen dritten Vorstandsposten schafft, der mit 600.000 Euro Jahresgage doppelt so stark vergütet ist, wie die Führungsetagen aller anderer Landesenergieversorger. Warum die EVN doppelt so hohe Luxusgehälter zahlen muss wie die Energie Burgenland oder die Energie Steiermark – das muss man mir erst einmal erklären.

Man hätte das Geld ja auch verwenden können, um Strompreise zu senken. Oder man hätte mit diesem Geld auch 25 zusätzliche CallcenterMitarbeiterInnen in der EVN anstellen können, damit zumindest endlich einmal wer den Hörer abhebt, wenn man sich beschweren oder Auskunft haben will. Man hätte auch einen Härtefallfonds einrichten können, um den vielen Familien, die teilweise Nachzahlungen von zehn-, elf-, zwölftausend Euro haben, zu helfen. Das sind ja unglaubliche Summen. Das alles wäre besser, das wäre eine soziale Politik gewesen – für die wir stehen.

Soll das Proporzsystem beibehalten werden?

Dieses System hat Vor- und Nachteile. Und das werden wir uns jetzt ganz genau anschauen. Das, was jetzt schon evident ist, ist, dass wir eine echte Demokratisierung und eine Transparenzoffensive für das System brauchen. Weil wir, was die demokratischen Standards und die Transparenz betrifft, allen anderen Bundesländern leider wirklich hinterherhinken. Ich würde mir beispielsweise wünschen, dass wir so wie in Vorarlberg, ein Transparenzregister haben, wo man auf den Cent genau nachprüfen kann, wer wieviel an Förderungen erhält.

Schwarz-Blau vergibt in Niederösterrreich 500 Millionen Euro an Förderungen und niemand weiß, wer hier warum abkassiert. Allein die Transparenz würde den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern viel Geld sparen, das man gut in Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehr und die Senkung der Strompreise investieren könnte. Und, das ist mir wichtig, auch um das Gesundheitssystem wieder aufzurichten. Denn das Erste, was unter der schwarz-blauen Bundesregierung passiert ist, war die Zerschlagung der Krankenkassen und die Schwächung des solidarischen Gesundheitssystems. Heute ist es beispielsweise so, dass die sogenannten Stroke-units im Ernstfall die Erstbetreuung übernehmen, in Niederösterreich nur mehr werktags besetzt sind. Das heißt, den Schlaganfall muss man jetzt unter der Woche bekommen. Und wenn man ihn am Wochenende bekommt, dann bitte in der Nähe von Wien. Denn dann wird man mit der Rettung nach Wien gebracht, wo es rund um die Uhr Versorgung gibt.

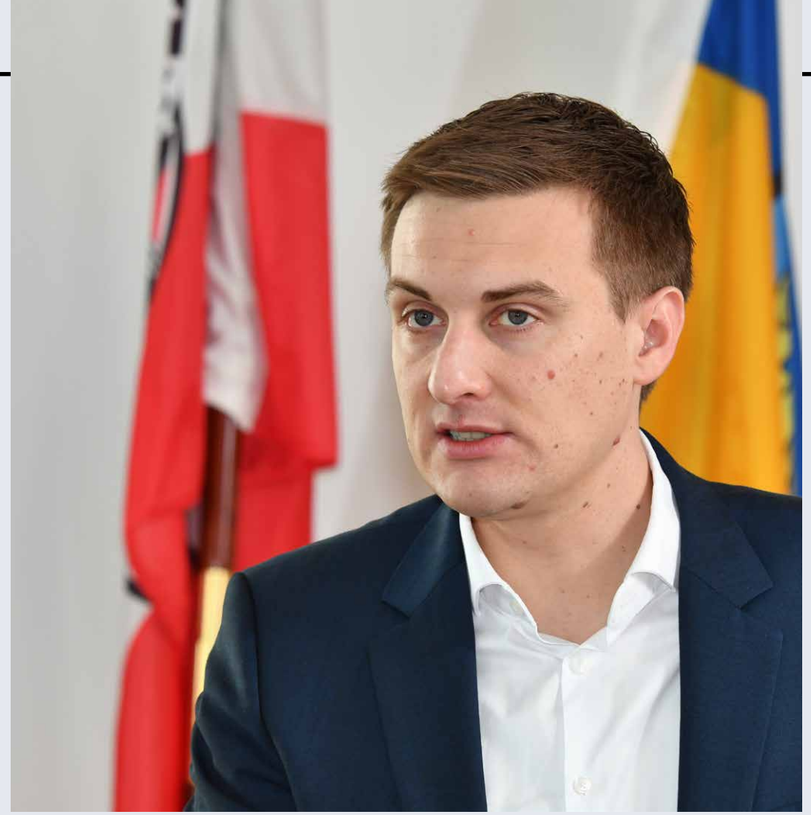
Unter der neuen AMS-Leitung werden in Niederösterreich gerade diverse Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit abgestellt oder sind von einem Aus bedroht. Das ist für die Betroffenen extrem schmerzhaft, aber wohl auch für Sie. Schließlich haben Sie sich als AMS-Chef gerade auf diesem Fördergebiet intensiv und auch sehr erfolgreich engagiert. Warum läuft das jetzt so?

Das zeigt, wie wichtig es ist, wer politisch das Sagen hat. Beim AMS habe ich ganz gezielt Projekte gegen Langzeitarbeitslosigkeit ausgebaut. Und jetzt, in meiner Nachfolgeperiode unter einer schwarz-blauen Regierung, wird auf Kosten der Langzeitarbeitslosen gespart, obwohl das AMS jetzt mehr Budgetmittel zur Verfügung hat als zu meiner Zeit. Das heißt, da macht man jetzt ganz bewusst eine umgekehrte Politik.

Welche thematischen Schwerpunkte können die Menschen in dieser Legislaturperiode von der SPÖ Niederösterreich erwarten?

Die Menschen können sich von uns erwarten, dass wir endlich Transparenz in das System bringen. Dass wir Schwarz-Blau im Land wirklich kontrollieren, um das viele Geld, das im schwarz-blauen System versickert, sinnvoll zu verwenden. Mit dem Ziel, dass die Dienstleistungen ausgebaut werden. Das heißt mehr und bessere Kindergärten, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, billigere Strom- und Gaspreise. Wir würden den Wohnbauförderstopp, den Schwarz-Blau verhängt hat, aufheben. Wir treten ein für eine Zinskostendeckelung für Kreditnehmer, damit sich auch Jungfamilien wieder ein Eigenheim leisten können. Wir treten ein für ein Einfrieren der Mieten.

© www.fotoplutsch.at



Und wir wollen, dass wieder ins Gesundheitssystem investiert wird, das derzeit von Schwarz-Blau totgespart wird. Das ist eine Situation, die wir so nicht akzeptieren können, denn wir wollen, dass jeder Mensch in Niederösterreich eine gute ärztliche Versorgung bekommt und nicht aufgrund der schlechten Situation in ein anderes Bundesland ausweichen muss.

Wir erleben derzeit auch, dass MitarbeiterInnen aus dem Gesundheitsbereich in andere Bundesländer wechseln, weil sie dort bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. Das finden wir schade, denn wir wollen eigentlich die beste Gesundheitsversorgung im eigenen Land.

Weiters wollen wir zielgerichtet in unsere Regionen investieren. Nachdem immer mehr Bankfilialen auf dem Land zugesperrt werden, wollen wir, dass es in jeder Gemeinde wenigstens einen Bankomaten geben muss, damit man jederzeit an sein eigenes Geld kommt.

Schon 2025 stehen die nächsten Gemeinderatswahlen an und beim NÖ GVV laufen die Vorbereitungen natürlich längst auf Hochtouren. Was erwarten Sie sich von diesem Votum?

Diese Gemeinderatswahlen finden in besonders herausfordernden Zeiten statt. Für mich war von Anfang an klar, dass wir hierbei den GVV mit voller Kraft unterstützen damit wir hier - in Wahrheit sind das natürlich 570 Einzelwahlen – möglichst viele gute Ergebnisse einfahren. Unser oberstes Ziel ist es, unsere BürgermeisterInnen dabei zu unterstützen, ihre Gemeinden zu verteidigen und alle unseren HerausforderInnen in den Minderheitsgemeinden dabei zu helfen, das BürgermeisterInnenamt zu erobern. Ich sehe hierbei meine Aufgabe auch darin, für landespolitischen Rückenwind zu sorgen.

Fact-sheet Sven Hergovich

Geboren am 22. Oktober 1988 (35) in Korneuburg, wohnhaft in St. Pölten.
Familie: *ledig, aber in einer fixen Beziehung, keine Kinder.*

Beruf: *Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre war er u.a. in der AK Wien und als Referent im Kabinett von Doris Bures sowie später bei Alois Stöger im Verkehrsministerium tätig. 2016/17 war Hergovich Arbeitsmarktexperte im Kabinett von Stöger im Sozialministerium und stellvertretender Leiter des Ministerbüros, bevor er im November 2017 stellvertretender Landesgeschäftsführer des AMS NÖ wurde. Im Verwaltungsrat des AMS Österreich hat er zahlreiche Projekte im Arbeitsmarktbereich mitverhandelt. Mit 1. Juli 2018 stieg er zum AMS-Landesgeschäftsführer auf. Nach der Landtageswahl 2023 folgte er dem Ruf in die Politik und legte die Leitung des AMS NÖ zurück.*

Politik: *Nach der Landtagswahl 2023 wurde Hergovich designierter Landesparteivorsitzender der SPÖ Niederösterreich und avancierte zum Landesrat in Niederösterreich und am 24. Juni 2023 wurde Hergovich mit 96,2 % zum neuen Vorsitzenden der SPÖ Niederösterreich gewählt.*

SPÖ-Fraktion Stadt Gmünd (v.l.): StR Reinhard Langegger, Mark Bauer (Unternehmer und enger Mitarbeiter im Klub), GR Peter Mezera (Obmann Naturfreunde), GRin Doris Tröstl, GR Janda Georg (Obmann Stv. SV Eibenstein), StR Michael Bierbach (Stadtparteiobman, Bezirksparteivorsitzender, Obmann ATUS), GR Stephan Hois. Vorne: GRin Sabrina Kreindl, StR Thomas Miksch (Klubssprecher, Obmann Stv. ARBÖ Gmünd), GR Jürgen Binder (Obmann Volkshilfe Gmünd).

„KLARE KANTE GEGENÜBER DER ÖVP“ HAT SICH AUCH IN GMÜND BEWÄHRT

Bis 2015 war Gmünd immer tiefrot. Aber bei der damaligen Gemeinderatswahl wurde die Absolute knapp verfehlt und die ÖVP übernahm mit Hilfe eines abtrünnigen SPÖlers das Bürgermeisteramt. Der rote Tiefpunkt wurde trotzdem erst bei der GRW 2020 erreicht, da holte sich die ÖVP die Absolute. Seit dem hat sich die SPÖ-Gmünd einer gründlichen Erneuerung unterzogen – und zeigt der ÖVP nun klare Kante. Mit Erfolg.

Seit der Gemeinderatswahl 2020 verteilen sich die 29 Mandate im Gemeinderat so: VP 18, SP 9, FP 1, AFG 1 (Liste Hauer Aktiv für Gmünd, SPÖ-Abspalter 2015)

Wie ist jetzt die politische Situation im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP eine Zusammenarbeit oder gar ein Koalitionsabkommen?

Miksch: „Gleich nach der Gemeinderatswahl wollten wir mit der ÖVP ein Arbeitsübereinkommen ausverhandeln, das wollte die ÖVP aber nicht. Wir haben das zwei-, dreimal versucht, aber die waren überhaupt nicht interessiert. Das war wohl die Arroganz der Absoluten. Als es dann um die Ressortverteilung bei den Stadträten gegangen ist, haben wir versucht, nachzuverhandeln, aber das hatte nur den Effekt, dass sie uns dann noch etwas runtergestrichen haben. Gleichzeitig haben sie nach außen aber immer das Miteinander kommuniziert und bekräftigt. Das Miteinander, das von Mikl-Leitner ausgerufen wurde, war nur Fassade.

Die ersten Jahre in dieser Periode haben wir trotzdem versucht, sehr konstruktiv mitzuarbeiten. Auch ohne Koalitionsübereinkommen. Das ist uns aber gar nicht gelungen. Es war sogar so, dass sie teilweise unsere Anträge runtergenommen haben. Wir haben schließlich in einer Klubklausur einen neuen Weg im Umgang mit der ÖVP gesucht und auch gefunden. Und der schaut jetzt so aus: Wir machen eine klare Politik für die Menschen in Gmünd, zeigen aber auch klare Kante gegenüber der ÖVP. Das hat sich bewährt und funktioniert gut.“

Bekommt die SPÖ alle nötigen Informationen von der ÖVP-Mehrheit?

Miksch: „Mittlerweile schon – wenn sie uns brauchen. Und sie brauchen uns oft, denn sie haben viele große Baustellen. Dafür benötigen sie unser Wissen, unser Know-how.“

Wer ist Euer wichtigster Ansprechpartner bei den Schwarzen? Der Klub-Chef oder die Bürgermeisterin?

Miksch: „Mehrheitlich die Bürgermeisterin, weil der Klubsprecher eher der Bulldozer der ÖVP ist, sicher kein Diplomat.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Anträgen durch?

Miksch: „Ja, nun schon. Das hat sich mit unserer neuen Linie, immer wieder aufzuzeigen, wenn was nicht funktioniert, grundlegend zum Positiven geändert. Sie trauen sich jetzt nicht mehr, mit ihrer absoluten Mehrheit einfach nur über uns drüberzufahren.“

Werden den SPÖ-Mandataren Repräsentationsaufgaben übertragen?

Miksch (lacht): „Sehr homöopathisch. Wenn wir es zufällig erfahren, dass wo gratuliert wird und wir wollen uns einbringen, bekommen wir keine Absage. Proaktiv informiert werden wir hierbei nicht. Aber unsere Stadträte können in ihren Ressorts uneingeschränkt wirken und sie können sich ungehindert in die Stadterneuerung, die gerade läuft, einbringen.“

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier?

Miksch: „Die ist das Wichtigste überhaupt. Gerade in unserer Situation. Wir bedienen intensive die Sozialen Medien auf WhatsApp, Facebook, X und Instagram. Unsere Homepage wird gerade für den Gemeinderatswahlkampf völlig neu aufgesetzt und von meinem Sohn Elias betreut. Der studiert auf der FH Medientechnik.

Wir haben unsere Parteizeitung *Der Gmünder Stadtkurier.* Der erscheint in der Regel viermal im Jahr und wird von einem eigenen Redaktionsteam, das sind Stefan Hois, Jürgen Binder, Sabrina Kreindl, ich und ein professioneller Journalist, gemacht.

Die Gmünder SPÖ-Stadträte (v. l.) Reinhard Langegger (Schulen), Thomas Miksch (öffentliche Plätze, Friedhof und Bestattung) und Michael Bierbach (Verkehr) vor dem neuen Primärversorgungszentrum Gmünd – das über öffentlichen Verkehr nicht erreichbar ist. Sitzverteilung im Stadtrat: 5 ÖVP, 3 SPÖ, 1 FPÖ, 1 Bürgerliste (Hubert Hauer, Ex-Klubchef der SPÖ ist jetzt Vizebürgermeister von ÖVP-Gnaden).

Hausbesuche sind bei uns auch ein Thema, auf das wir großen Wert legen. Wir haben im letzten Sommer wieder damit begonnen, wofür wir uns auch eigene Blöcke haben machen lassen. Ursprünglich sind da alle unsere GemeinderätInnen gegangen, jetzt machen wir das mit kleinen Teams rund um einen unserer drei Stadträte. Interessanterweise ist die Resonanz bei den Leuten immer hervorragend, selbst wenn sie uns nicht gewählt haben. Dass wir irgendwo nicht willkommen waren, kam nur ganz, ganz selten vor. Auch bemerkenswert: Bei so manchem ist noch immer nicht angekommen, dass Gmünd keine rote Stadt mehr ist.

Ansprechpartner für die Presse bin ich selber. Wir haben gute Kontakte zur Bezirkspresse und schaffen es auch immer wieder mit Geschichten in die Tageszeitungen, sogar mit größeren Artikeln. Wir richten Pressekonferenzen aus und machen auch regelmäßig Presseaussendungen.

Ebenso wichtig wie die Hausbesuche nehmen wir unsere Präsenz bei den diversen Veranstaltungen und Festivitäten in der Gemeinde. Da sind wir immer gut vertreten. Dass viele von uns wichtige Funktionen in den lokalen Vereinen haben, kommt uns dabei sehr entgegen. Wir haben auch die Kinderfreunde, einen Pensionistenverband, die Volkshilfe und den ATUS in der Stadt. Fünf Vereinsobmänner sind bei uns im Klub.“

Eigene Veranstaltungen im Jahresverlauf?

Miksch: „Am Faschingssamstag haben wir unsere traditionelle 70er-Jahre Party im Kulturhaus. Da kommen immer mehrere hundert Leute. Wir machen eine Valentinsaktion, eine Osteraktion und im Frühsommer einen Flohmarkt. Im Sommer haben wir dann in der Innenstadt unseren großen Frühschoppen. Und vor Weihnachten veranstalten wir ein Advent-Wandern in der Blockheide und an einem Adventwochenende schenken wir Gratis-Punsch aus.“

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden?

Miksch: „Es ist eigentlich nicht wirklich schwierig. Man muss nur ein wenig dahinter sein. Im Augenblick haben wir zwei ganz Junge, die sich freuen, sich bei uns engagieren zu können.“

Ziele für GRW 2025?

Miksch: „Wir wollen mindestens zwei Mandate dazugewinnen!“

DIE NEUE BEI DEN LANDESFRAUEN

© z.V.g.

von Karin Krakhofer Eisenbarth, BA, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

Seit 1. August darf ich als Landesfrauengeschäftsführerin einen neuen Tätigkeitsbereich übernehmen. Ich bin seit über 17 Jahren in der SPÖ NÖ hauptamtlich tätig, begonnen habe ich als Assistentin der Bezirksgeschäftsführung im Bezirk Bruck/L. Ab 2018 habe ich das Medienmanagement für die Bezirke Bruck, Gänserndorf, Baden und Mödling übernommen. Neben dem Beruf habe ich 2009 mit meinem Studium an der Uni Wien begonnen und in Politikwissenschaften abgeschlossen. Ich möchte immer alles genau wissen, mich interessieren Zusammenhänge und Hintergründe, darum lag diese Studienrichtung für mich auf der Hand. Ebenso wie als Erweiterungscurriculum Gender Studies zu wählen. Politik und Geschlecht gehört für mich einfach zusammen.

Wie sich in der Politik zeigt, spielt das Geschlecht eine beachtliche Rolle. Frauen tragen andere Wünsche und Bedürfnisse an das System heran. Denken wir an die Vereinbarung von Beruf und Familie, es sind noch immer Frauen, die in der Mehrzahl Betreuungsaufgaben übernehmen. Wann bekommen Frauen endlich den gleichen Lohn für gleiche Arbeit? Der Equal-Pay Day, also der Tag, ab dem Frauen bis zum Jahresende gratis arbeiten, fiel für NÖ heuer auf den 29. Oktober. Und Frauen brauchen Jobs, die ihnen im Alter das Auskommen sichern, um nur wenige Punkte zu nennen.

Andererseits fehlen Frauen in der politischen Umsetzung, und das auf allen Ebenen. Zwar hat die Quote schon zu einer leichten Verbesserung geführt, Frauen finden sich zunehmend mehr in politischen Ämtern wieder. Am Amt der Bürgermeisterin, ja hier verwende ich die weibliche Form ganz bewusst, sieht man, dass sich Frauen langsam als Entscheiderinnen in der Kommunalpolitik etablieren können. Der Quotenbericht für die SPÖ NÖ mit Stand vom 25. 9. 2023 zeigt, dass in den Städten 16,67 % und in den Gemeinden 17,98 % Frauen als Bürgermeisterinnen tätig sind. Das Amt einer Stadträtin üben 26,09 % Frauen aus, und jenes der Gemeinderätin 32,22 %. Also, immer noch viel Luft nach oben.

***

Kontakt:
Karin Krakhofer-Eisenbarth, BA
frauen@noe.spoe.at
0664 539 14 09

GÜNTHER SIDL WILL SICH IN EU WEITER FÜR STARKE REGIONEN EINSETZEN

Der SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl aus Petzenkirchen geht wieder als NÖ-Spitzenkandidat in die kommende EU-Wahl. Sidl: „Die EU muss endlich erkennen, was sie an ihren Regionen hat!"

Auf dem starken dritten österreichweiten Listenplatz geht der niederösterreichische SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl (Bild) in die kommende Wahl zum EU-Parlament am 9. Juni 2024 und will sich auch in den kommenden Jahren weiter für die Förderung der Regionen und starker Kommunen einsetzen. „Starke Regionen sind das Herz Europas. Genau da kann die EU zeigen, wie sie für ihre Bürgerinnen und Bürger da ist", betont Sidl, der hier auch einen wichtigen Ansatzpunkt für den Klimaschutz sieht: „Der Klimaschutz muss in unseren Gemeinden und Städten bei den Menschen ankommen. Unser Ziel müssen kurze Wege sein. Kurze Wege zum Arbeitsplatz, zur Kinderbetreuungseinrichtung, zur medizinischen Versorgung oder zu den regionalen Lebensmitteln. Das spart Fahrtstrecken und Transportwege und vor allem steigert es die Lebensqualität der Menschen!"

„Wir haben uns zu lange nur die Frage gestellt, wie die Menschen schnellstmöglich von ihrem Wohnort in den ländlichen Regionen zu ihrem Arbeitsplatz in den großen Ballungsräumen kommen. Dabei muss die Frage eigentlich lauten, wie wir auch die ländlichen Regionen als Ort zum Leben und zum Arbeiten attraktiver machen können", erklärt Sidl, der im EU-Parlament konsequent mehr Unterstützung für unsere Regionen und Gemeinden einfordert: „Wir brauchen ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr und insbesondere leistungsstarke Internetleitungen in allen Gemeinden. Das muss heute so selbstverständlich sein wie die Stromleitung in jedes Haus – und genau dazu kann und muss auch die EU durch gezielte Investitionen in starke Regionen beitragen."

© z.V.g.

© istock.com/Matteo Colombo

HERGOVICH SCHIESST SCHARF GEGEN SCHWARZ-BLAUES KÜRZUNGSBUDGET

ÖVP und FPÖ sparen mitten in der Teuerungskrise bei Bürgerinnen und Bürgern kräftig ein und gönnen sich dafür unter anderem ein höheres Werbe-Budget – das geht der SPÖ Niederösterreich zu weit.

Die SPÖ hat das von Schwarz-Blau präsentierte Budget in der jüngsten Regierungssitzung und dem darauffolgenden Landtag entschlossen vom Tisch gewischt. „Das erste Budget der schwarz-blauen Koalition ist ein bürgerfeindliches Budget der Leistungskürzungen und wir lehnen es rundheraus ab", lässt SPÖ-Kontroll-Landesrat Sven Hergovich kein gutes Haar an den Finanzplänen der schwarz-blauen Koalition in NÖ.

© SP NÖ

Auf Nachfrage führt Sven Hergovich, Landesparteivorsitzender der SPÖ NÖ, weiter aus: „Familien, Wohnen und Gesundheit – das sind die Bereiche in denen Schwarz-Blau kürzt. Die Koalition hat den geförderten Wohnbau eingestellt. Die Häuslbauer können sich die Zinsen nicht mehr leisten. Schwarz-Blau lernt daraus: Es wird weiter gekürzt!" Und weiter: „Am Wochenende gibt es in Niederösterreich keine gute Schlaganfallbetreuung mehr, jede Woche lesen wir von Skandalen im Gesundheitssystem und Schwarz-Blau kürzt. Auch in die Familien wird weniger investiert – mitten in der Teuerungskrise. Dafür gönnt man sich mehr Eigen-PR."

Nirgendwo anders bekommen die Leute so wenig für ihr Steuergeld wie in Niederösterreich. Das von der Landesregierung beschlossene Budget verschlimmere diese Bilanz nun, zählt Hergovich auf: „Rekordteuerung, explodierende Wohn- und Heizkosten, Gesundheitsnotstand – wo die größten Probleme sind, sinken die Ausgaben sogar teilweise. Trotz Teuerung und mangelndem Kinderbetreuungsangebot knöpft das Land Niederösterreich den Familien noch immer für die Kinderbetreuung Geld ab."

Gleichzeitig steigen die Mittel für Eigen-PR und Repräsentation – jene der Landesregierung um plus 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahresbudget. Und dafür verschuldet sich die schwarz-blaue Regierung auch noch ordentlich, nämlich um mehr als 300 Millionen Euro.

ortsreportage.

© www.fotoplutsch.at

Zwölfaxing

VON EINER ABGANGSGEMEINDE IN DIE SCHWARZEN ZAHLEN

Nach der Gemeinderatswahl 2015 hat die SPÖ in Zwölfaxing die ÖVP von der Regierungsbank in die Opposition befördert. Die damals neue SPÖ-Frontfrau Astrid Reiser, eine „zuag'raste" Steirerin, wurde neue Bürgermeisterin und schaffte gleich mal Großes: Innerhalb eines Jahres sanierte die gelernte Betriebswirtin die Finanzen und holte die Gemeinde aus den roten Zahlen. Heute kämpft die kleine Gemeinde im Wiener Speckgürtel um die Erhaltung ihres dörflichen Charakters und gegen Verkehrslawinen.

Bürgermeisterin und SPÖ-Regionalmanagerin Mag.ª Astrid Reiser (51) auf einem von zwei Gemeinde-Spielplätzen.

Zwölfaxing

Den meisten Österreichern, zumindest denen mit Bundesheerbezug, ist Zwölfaxing als Standort einer großen Kaserne bekannt, wo das Panzerbataillon 33, die Nachschub- und Transportkompanie des Panzerstabsbataillon 3, sowie die Panzertruppenschule untergebracht waren. Aber das ist mittlerweile Geschichte. Mit der Umstrukturierung des Bundesheeres wurde das Panzerbataillon aufgelöst und in ein verstärktes Jägerbataillon umfunktioniert. Ebenso ist der Kampfverband „Schnelle Einsätze" in der Kaserne stationiert. Am guten Zusammenwirken zwischen Gemeinde und Bundesheer hat das nichts geändert

„Unsere Zusammenarbeit ist schon über viele Jahre hinweg eine ausgezeichnete", berichtet Bürgermeisterin Astrid Reiser, „Aktuell sowohl mit dem Garnisonskommandaten Oberst Hrbek als auch mit Bataillonskommandant Oberst Hütter. Beide sind sehr engagiert, wenn es darum geht, gemeinsame Projekte mit der Gemeinde umzusetzen. Wir bekommen immer Unterstützung, wenn wir sie anfordern. Zum Beispiel auch bei Flurreinigungsaktionen. Und wir haben gemeinsame Neujahrsempfänge, die in der Kaserne abgehalten werden."

Die Reiser-SPÖ regiert in Zwölfaxing in Koalition mit einer Bürgerliste. Was Reiser besonders stolz macht: „Bei uns fallen fast alle Beschlüsse einstimmig aus."

Bild ganz oben: Flugverkehr gehört in Zwölfaxing zum Alltag – der Airport Schwechat befindet in unmittelbarer Nachbarschaft. Bild oben: das Gemeindeamt.

Und wie sieht die Frau Bürgermeister ihre Gemeinde? Reiser: „Zwölfaxing ist eine typische Wohnstandortgemeinde im Speckgürtel von Wien. Wir sind kleinstrukturiert, haben noch einen eher dörflichen Charakter und wir haben in letzter Zeit viel Geld in die Hand genommen und in familientaugliche Infrastruktur investiert."

© www.fotoplutsch.at

Gemeinde-Baugründe gibt es erst dann wieder, wenn das Land einer erfolgten Umwidmung zustimmt

Diese Investitionen waren auch deswegen notwendig, weil die Bevölkerung über Jahrzehnte stetig gewachsen ist. 1961 zählte man noch 845 EinwohnerInnen, heute sind es knapp eintausend mehr. Die Wohnraumsituation ist leicht angespannt. „Die Gemeinde selbst hat keine eigenen Baugründe. Wohnungsbau war deshalb lange Zeit kein Thema", so Reiser, aber: „Jetzt, wo Ende dieses Jahres unser großes Hochwasserschutzprojekt abgeschlossen werden kann, tut sich hier etwas. Dann besteht die Möglichkeit, eine gemeindeeigene Baufläche, die jetzt in der gelben Zone ist, umzuwidmen in Bauland/Wohngebiet. Dann wollen wir hier in Zusammenarbeit mit einer Genossenschaft wieder Wohnungen bauen. Der Zeitplan hängt jetzt aber natürlich davon ab, wann das Land der Umwidmung zustimmt."

„Was wir aktuell bräuchten, sind leistbare Startwohnungen für Junge."

Ein Großteil des über viele Jahre doch starken Zuzugs geschah über Neubau- oder Revitalisierung von Einfamilienhäusern. So kam auch Reiser nach Zwölfaxing. „Wir haben das Elternhaus eines Schwechater Arztes gekauft und instandgesetzt." Die Bürgermeisterin weiter: „Aktuell brauchen wir leistbare Startwohnungen für Junge. Denn mittlerweile sind sogar schon unsere vier Gemeindewohnungen recht teuer geworden. Und die sind nicht mehr sehr schön."

Und: Bei einem bereits länger bestehenden Bau der Burgenländischen Siedlungsgenossenschaft verfügt die Gemeinde über das Vergaberecht. „Wir haben einen Wohnungswerberausschuss, wo sich Bürgerinnen und Bürger, auch Auswärtige, um Wohnungen bewerben können. Da gibt es ein Bewertungssystem mit Punkten, wonach dann die freien Wohnungen vergeben werden. Der durchschnittliche Umschlag liegt da bei zwei bis fünf Wohnungen pro Jahr." 2020 war eine einstweilige Bausperre verhängt worden.

Bild ganz oben: Neubau mit Volksschule, Musikschule und Veranstaltungssaal. Bild oben: der neue Kindergarten. Bild rechts: Die Bürgermeisterin beim neuen Hochwasserschutz samt Radweg (hier nicht sichtbar) und Naherholungsgebiet.

Zwölfaxing

Zwölfaxing aus der Vogelschau: Das Viertel rechts unten wird von der Bundesheerkaserne dominiert.

Die fertigen Pläne für die dringend notwendige Umfahrung liegen seit 25 Jahren beim Land auf Eis.

Die gilt heute nicht mehr, dafür gibt es ein örtliches Entwicklungskonzept samt Verkehrskonzept - alles ausgetüftelt mit der TU Wien und einer umfassenden Bürgerbeteiligung. Ziele sind u.a. die Erhaltung des dörflichen Charakters und die Kinder der Einheimischen sollen bevorzugt bauen können.

Stichwort Verkehr: Die S7-Schnellbahn (Wien Mitte) ist nah, ebenso der Autobahnanschluss S1. Die Landesstraßen 2003 und 2072 durchqueren den Ort, inklusive massivem Durchzugsverkehr. Täglich 13.000 Pkw und 1.000 Lkw sind eine schwere Bürde. Ein neues Verkehrskonzept, erarbeitet mit der TU Wien und intensiver Bürgerbeteiligung soll hier künftig Erleichterung schaffen.

Übrigens: Fix und fertige Pläne für eine Umfahrung gibt es längst. Doch die liegen seit sage und schreibe 25 Jahren beim Land Niederösterreich auf Eis…

Finanziell steht die kleine Kommune nicht schlecht da. Also jetzt. Bis 2015 war Zwölfaxing eine Abgangsgemeinde. Die neue SPÖ-Bürgermeisterin hat dann die Finanzen der Gemeinde rasch saniert. Heute schauen die nackten Zahlen so aus: Haushaltspotenzial RA 2022: rd. 310.000 Euro, freie Finanzspitze: 6,88 Prozent, Einnahmen aus der Kommunalsteuer: rd. 372.000 Euro. Und Zwölfaxing profitiert als Gemeinde in der Region rund um den Airport Schwechat von Umweltfonds des Flughafens.

Apropos Nachbargemeinden: Kooperationen mit anderen Kommunen laufen bei der Musikschule (im Verband mit Ebergassing, Maria Lanzendorf, Lanzendorf), bei der Abwasserentsorgung, bei der Müllentsorgung, beim Standesamt (Schwechat), bei der Sonderschule und dem Polytechnikum. Weiters ist Zwölfaxing ist Mitglied in der Klimaregion KLAR! (mit Lanzendorf und Maria Lanzendorf). Und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich? Reiser: „Mit den Fachabteilungen sehr gut, bei den politischen Stellen bekommen ich es schon zu spüren, dass ich eine rote Bürgermeisterin bin. Bei den Ertragsanteilen nicht so, aber bei den Bedarfszuweisungen schon sehr." Was sind die aktuellen Projekte in und für Zwölfaxing, Frau Bürgermeister?

Ein Generationenwohnhaus für Junge und Senioren

Reiser: „Unser Hochwasserschutz – samt voll ausgebautem Radweg am Flussufer als Naherholungszone –, der 2012 begonnen wurde, ist nun endlich fertig geworden. Geplant war er mit Kosten von 8,2 Millionen Euro – satte 20 Millionen sind es dann schlussendlich geworden … Bei dieser unerwarteten Finanzlawine konnte die Gemeinde das Land dann doch noch enger in die Pflicht nehmen. Sonst hätten wir das nicht gestemmt.

Ebenfalls in jüngster Vergangenheit fertig wurden ein Kindergartenneubau um drei Millionen Euro und der Neubau von Volks-und Musikschule samt Veranstaltungssaal um insgesamt fünf Millionen Euro. Für die nächste Periode planen wir ein Generationenwohnhaus für Junge und Senioren. Schau ma mal, ob und wie sich das machen lässt."

Und wie schafft Reiser das Bürgermeistern und ihren Brotjob als SPÖ-Regionalmanagerin? Reiser: „Es wäre schon schön, wenn das Bürgermeisteramt nicht nur vorwiegend von Männern und Frauen ausgeübt werden kann, die mit einem Brotjob schon sozial abgesichert sind. Und dass mit dem entsprechenden Einkommen auch ein Auskommen einhergeht. Weil man sich dann dieser tollen und sehr verantwortungsvollen Aufgabe wirklich ganz widmen kann. In kleineren Gemeinden machen das die meisten BürgermeisterInnen ja noch immer nebenbei und da bleibt dann oft irgendetwas auf der Strecke. Der Tag hat ja nur 24 Stunden. Ich selbst habe auch zwei Kinder, mit 13 und 16 Jahren, und da höre ich dann schon mal den Satz *Du Mama, wann bist denn endlich wieder mal zuhaus'?*"

© zVg

Der Anblick von Soldaten ist in Zwölfaxing nichts Besonderes, das Verhältnis von Heer und Gemeinde erstklassig.

FACT-SHEET

Zwölfaxing

Gemeinde im Bezirk Bruck an der Leitha, Industrieviertel.

EinwohnerInnen: 1.766 (plus rd. 250 ZweitwohnsitzerInnen); **Fläche:** 6,76 km² (rund 70% davon werden landwirtschaftlich genutzt): **Seehöhe:** 168 m; **Gemeinderat (19 Mandate):** 8 SPÖ, 6 ÖVP, 4 ZIB (Bürgerliste), 1 FPÖ.

Auszeichnung: WIFI4EU für öffentliches WLAN

Besonderheiten: große Bundesheerkaserne. Neuer Kindergarten mit derzeit drei Gruppen. Neue Volksschule mit Musikschule und Hort für Nachmittagsbetreuung, im VS-Neubau ist im 1. Stock ein neuer Veranstaltungssaal für 100 BesucherInnen entstanden, dort werden jetzt auch die Sitzungen des Gemeinderats abgehalten. Fußball ist ein großes Thema: Der SV Keglovits Zwölfaxing verfügt über ein kleines Stadion mit Flutlichtanlage – und hat zuletzt den Aufstieg von der 2. Klasse Ost-Mitte in die 1. Klasse Ost geschafft. Zwei Kinderspielplätze, eine Sportschützenhalle, ein Dartverein – der auf Bundesliganiveau spielt. Photovoltaikanlagen auf allen Neubauten der Gemeinde.

Die Pfarrkirche Zwölfaxing ist eine moderne römisch-katholische Dorfpfarrkirche zur Allerheiligsten Dreifaltigkeit. Sie wurde von 1966 bis 1967 nach den Plänen des rennomierten Architekten Clemens Holzmeister erbaut; historische Pestsäule Dreifaltigkeit bei der Kirche.

Geschichte: Zwölfaxing gehört zu den ältesten Dörfern der Region, hier wurden sogar Awarengräber entdeckt, welche zu den bedeutendsten Funden Österreichs zählen. – In den beiden Weltkriegen war das Dorf oftmals Bombenangriffen ausgesetzt. Zwölfaxing gehörte von 1938 bis 1954 zu Groß-Wien. Heute gibt es den nach 1938 von der Wehrmacht errichteten Fliegerhorst noch immer, er wurde zur Burstyn-Kaserne umgebaut. Von 1954 bis zu dessen Auflösung am 1. 1. 2017 war Zwölfaxing Teil des Bezirks Wien-Umgebung.

DIE ZUKUNFT IST JETZT: WIE KI DIE KOMMUNALE VERWALTUNG REVOLUTIONIERT

In der zunehmend digitalisierten Welt spielen Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisierung eine immer größere Rolle – auch in der Gemeindeverwaltung. Intelligenten Chatbots, die Bürgeranfragen bearbeiten, Predictive Analytics, die bei der Haushaltsplanung unterstützen, und intelligente Straßenzustandserfassung sind Beispiele, wie KI ihren Teil dazu beitragen kann, Verwaltungsprozesse zu optimieren und Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Dieser Artikel gibt anhand von zwei Beispielen Einblicke, welche KI-Technologien in der Verwaltung schon zum Einsatz kommt.

Die Geschichte der KI reicht schon mehr als sechs Jahrzehnte zurück. In den 1950er Jahren begannen Forscher, Computer dazu zu nutzen, menschenähnliche Denkprozesse zu simulieren.

Die Verwendung von KI im Alltag begann durch OpenAI, besser bekannt als ChatGPT, zu boomen. Die Software-Version GPT-3 wurde im November 2022 für die Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich gemacht. Binnen fünf Tagen meldeten sich weltweit eine Million NutzerInnen an. Im Jänner 2023 erreichte ChatGPT über 100 Millionen NutzerInnen.

Während große Unternehmen viele Aufgaben schon von KI übernehmen lassen, steht der Einsatz von KI in der kommunalen Verwaltung am Anfang und bietet enormes Entwicklungspotential. KI wird zwar oft in einer Konkurrenz zu natürlicher Intelligenz gesehen, jedoch haben Menschen immer schon Hilfestellungen und Werkzeuge erfunden, um Fehler zu verhindern oder die Produktivität zu steigern. Gerade KI stellt den nächsten konsequenten Schritt des E-Government dar, um die Effekte der Digitalisierung zu potenzieren. Die Effizienz und die Effektivität des Handelns zu erhöhen, steht dabei im Mittelpunkt. Felder, in denen die KI die kommunalen Verwaltungen entlasten kann, sind u.a. automatisierte BürgerInnenbetreuung, Dokumentenverwaltung, Verkehrsmanagement, Energie- und Ressourcenmanagement, Vorhersageanalysen, Finanzmanagement, Gesundheitsüberwachung, Umweltüberwachung, BürgerInnenbeteiligung oder die Automatisierung routinemäßiger Aufgaben.

Chatbot am Beispiel „Lou“ in Sankt Pölten

Was Unternehmen schon lange praktizieren, hat nun auch in den Gemeindeämtern Einzug gefunden. Die Transformation der Kommunalverwaltung hin zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung ist ein entscheidender Schritt, um die Bedürfnisse und Erwartungen der BürgerInnen in einer modernen Gesellschaft zu erfüllen. Die Zeiten, wo Fragen an die Verwaltung nur persönlich im Rathaus oder telefonisch gestellt werden konnten, sind längst vorbei. Die digitale Kontaktaufnahme wird immer öfter in Anspruch genommen und erspart den BürgerInnen häufig den Weg ins Rathaus. Das BürgerInnenservice der Stadt St. Pölten hat die digitale Rathaus-Assistenz „Lou“ entwickelt. Der auf künstlicher Intelligenz basierende Chatbot gibt auf der Website der Stadt *www.st-poelten.at* rund um die Uhr, sieben Tage die Woche und ortsunabhängig Antworten auf die gängigsten Fragen der Bevölkerung. Ziel des Projektes war es, eine zentrale Wissensdatenbank zu schaffen, die eine schnelle und abteilungsübergreifende Möglichkeit bietet, Fragen die im weitesten Sinn in die Zuständigkeit einer Stadtverwaltung fallen, zu beantworten. Durch die zentrale Ablage von Informationen in einem Content Management System entsteht ein Wissenspool, der an keine Personen oder Öffnungszeiten gebunden ist.

DER AUTOR Gregor Unfried ist Bezirksgeschäftsführer der SPÖ im Bezirk St. Pölten und Jugendgemeinderat der Landeshauptstadt. Im Zuge des Hypes um ChatGPT hat er begonnen, sich mit der Verwendung von KI im politischen Kontext, aber auch in der kommunalen Verwaltung zu beschäftigen.

Intelligente Straßenzustandserfassung in der Stadt Soest (D)

Ein Pilotprojekt zur intelligenten Straßenzustandserfassung hat die 50.000 Einwohner Stadt Soest in Nordrhein-Westfahlen bis August 2022 mit der Firma Vialytics (*https://www.vialytics.com/*) durchgeführt. Die Erfassung aller Straßenschäden ist mit enormen Kosten verbunden. Die Stadt Soest hat kommunale Fahrzeuge (wie die Müllabfuhr, Kehrmaschinen) mit einem Smartphone ausgestattet, das bei der regulären Befahrung über die integrierte Kamera Schäden präzise erfasst. Straßen-, Rad- und Gehwegschäden werden von einer KI markiert, analysiert und einzelnen Schadenskategorien zugeordnet. Die Ergebnisse wurde ins Geoinformationssystem eingespielt und die Straßenabschnitte mit einer Schulnote bewertet. Somit konnten dringende Ausbesserungen schneller und effizienter geplant werden, gemeldete Mängel im ersten Schritt mit annähernd gleicher Qualität wie vor Ort aus dem Büro begutachtet werden und auch die Veränderungen der Straßen über die Zeit weg dokumentiert werden. Dieses System kommt mittlerweile in Städten wie Prag (1.340 000 EinwohnerInnen) aber auch Metuchen (15.000 EinwohnerInnen) zur Anwendung.

So stellt sich DallE, die bildgenerierende KI von OpenAI, eine Gemeinderatssitzung in der Zukunft vor.

Aber Achtung:

Ein Werkzeug ist nur so gut, wie die Person, die es benutzt. Auch wenn KI in vielen Fällen gute Ergebnisse liefert, können diese nicht ungefiltert verwendet werden. Ein paar Dinge sind unbedingt zu beachten:

Datenschutz

Der Schutz von personenbezogenen Daten ist in der kommunalen Verwaltung von besonderer Bedeutung. Daher müssen KI-Systeme so konfiguriert und verwendet werden, dass sie die Datenschutzgesetze einhalten.

Fehlerhafte Daten

KI-Systeme basieren auf Daten. Sind diese Daten fehlerhaft oder unvollständig, können KI-Systeme falsche Vorhersagen treffen.

Haftung: Bei Fehlentscheidungen oder Schäden, die durch KI-Systeme verursacht werden, kann die Frage der Haftung komplex sein. Es muss geklärt werden, wer für solche Fehler verantwortlich ist.

Ethische Grundlagen:

Wenn die Daten, mit denen KI-Modelle trainiert werden, voreingenommen sind, können die Modelle diskriminierende Entscheidungen treffen. Dies kann zu rechtlichen und ethischen Bedenken führen, insbesondere in Bezug auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung.

Ausblick:

Der Einsatz von KI in der kommunalen Verwaltung bietet zahlreiche Vorteile und Chancen. Trotz einiger Dinge, die es zu beachten gibt, ist es für die Zukunft wichtig, die Vorteile von KI zu nutzen. Der Einsatz von KI in der kommunalen Verwaltung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Durch die Automatisierung von Aufgaben, die Verbesserung von BürgerInnenservices und die Analyse großer Datenmengen können Verwaltungen fundiertere Entscheidungen treffen und Ressourcen effektiver nutzen.

AUF DIE SCHÖNE NEUE WELT FOLGTE DIE ERNÜCHTERUNG

Unter einer schönen neuen Medienwelt hat eine technikaffine Menschheit im ausgehenden 20. Jahrhundert die Vision einer digitalisierten Gesellschaft verstanden, die dem Einzelnen vielfältige Möglichkeiten erschließen würde. Jahrzehnte später blickt man ernüchtert auf die Entwicklungen zurück, die nicht nur Fortschritt gebracht haben.

Das Buch „Schöne neue Medienwelt“ beschreibt die Wandlung, die das moderne Mediensystem seit Beginn des digitalen Zeitalters durchmacht. Der Bogen spannt sich dabei von der Einführung des PCs über die Verbreitung des Internets und des Smartphones bis zu den zahlreichen Anwendungen, die in den 2000er-Jahren möglich werden.

Autor Pensold führt den Diskurs weit ins Feld der Möglichkeiten und Probleme, die sich daraus ergeben. Er erzählt vom Menschen, der sich als „Prothesengott“ endgültig über die Beschränkungen von Raum und Zeit hinwegsetzt und sich allerlei Annehmlichkeiten in der Sekunde verfügbar macht, der seinen Alltag im Sinne der „Sharing“-Philosophie mit dem Internet teilt und sich die Welt dadurch untertan zu machen hofft.

Es ist auch eine Geschichte unerwünschter Geister, die sich, einmal gerufen, nicht mehr vertreiben lassen; die Geschichte einer durch Verschwörungslegenden bedrohten Wahrheit, einer durch Hass, Hetze und Extremismus bedrohten Demokratie und eines Kontrollverlusts, der sich in der Machtübernahme Künstlicher Intelligenz anzukündigen scheint.

Der Autor Mag. Dr. Wolfgang Pensold (56) ist Medienhistoriker. Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien, Kustos im Technischen Museum Wien für historische Massenmedien und Kurator der permanenten Ausstellung medien.welten. Forschungs- und Publikationstätigkeit zur Geschichte des modernen Mediensystems im österreichischen Raum.

***

Das Buch erschien 2023 im Böhlau Verlag Wien. ISBN 978-3-205-21800-5. 222 Seiten, mit 29 farb. Abb., gebunden, Preis: 35 Euro.

VOM „GESCHWÄTZ VON GESTERN“...

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“, so wird es dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in den Mund gelegt – „eine Menge“, sollte die Antwort darauf lauten.

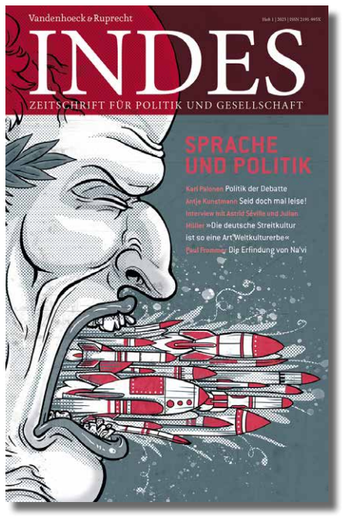
Und daher widmet sich INDES Ausgabe 1/2023 dem Schwerpunkt „Sprache und Politik“. Wie hat sich Sprache verändert und welche Beharrungskräfte wirken? Die Beiträge erkunden die Orte politischer Debatten und ergründen, welche politischen Schlagworte wann und warum en vogue sind.

INDES geht den Zusammenhängen zwischen sprachlichen Äußerungen und politischem Handeln auf die Spur. Auch historische Missverständnisse und Gerüchte interessieren – endet das obige Zitat von Bundeskanzler Adenauer doch korrekt so: „[N]ichts hindert mich, weiser zu werden“.

Herausgeber Frank Decker ist Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

***

„Sprache und Politik“ von Frank Decker erschien 2023 im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht. 48 Seiten, mit zahlr. Abb., kartoniert. ISBN: 978-3-525-80037-9.



NÖ Spitzenkandidat MEP Günther Sidl, Kandidatin Patricia Katsulis, Landesparteivorsitzender LR Sven Hergovich, Kandidatin Daniela Haunold, JG NÖ Vorsitzender Valentin Mähner.

DIE EU & DIE JUGEND IN DEN GEMEINDEN

Die EU-Wahl naht und die Junge Generation der SPÖ Niederösterreich (JG NÖ) hat die Weichen gestellt. Hier werden die Kandidatinnen vorgestellt und es wird aufgezeigt, warum die EU-Wahl insbesondere auch für junge Menschen in unseren Gemeinden wichtig ist.

Die JG NÖ steht mit zwei Kandidatinnen auf der EU-Wahl-Liste: Patricia Katsulis aus Korneuburg, wo sie auch Bezirksfrauenvorsitzende ist, und Daniela Haunold aus Böheimkirchen, JG NÖ-Frauensprecherin.

Die EU beeinflusst viele Bereiche, von Arbeitsrechten über Wirtschaft bis Umwelt. Auch für Gemeinden wird viel auf EU-Ebene geregelt. Besonders junge Menschen interessieren sich immer mehr für Themen wie Mobilität und Klimawandel. Deswegen macht sich die Junge Generation für nachhaltige und leistbare Verkehrsmittel in der EU-Ebene stark.

Ein anderer Bereich, in dem sich die JG NÖ aktiv einsetzt, ist der Umgang mit unserer Umwelt: Hier fordert sie eine Reduktion der Förderungen von umweltschädlichen Maßnahmen und sie setzt sich gegen Bodenversiegelung ein. Ein Beispiel dafür: Die Kandidatin Daniela Haunold startete gemeinsam mit anderen PraktikantInnen aus dem EU-Parlament eine Initiative zur Unterstützung des *Nature Restoration Law*. Dieses Gesetz unterstützt die Renaturierung von Feuchtgebieten oder Wäldern, trägt damit zum Erhalt von Tier- und Pflanzenarten bei und kann die Lebensqualität in unseren Gemeinden verbessern und wurde auch dank diesem Einsatz angenommen. In Böheimkirchen, Haunolds Heimatgemeinde, wurden z.B. schon vor längerer Zeit Renaturierungsmaßnahmen am regionalen Fluss, dem Michelbach, durchgeführt. Seitdem wird der Fluss von der Bevölkerung verstärkt zur Abkühlung genutzt und bringt auch einer Mehrzahl an Fischen und anderen Lebewesen Lebensraum.

Diese Beispiele zeigen, wie die EU und engagierte junge Menschen das Leben in unseren Gemeinden beeinflussen können. Daher ist es besonders wichtig, dass sich die Junge Generation aktiv an der EU-Wahl beteiligt – für eine bessere, lebenswerte Zukunft in Europa und in unseren Gemeinden.

JUGEND KOPAK
KOMMUNALPOLITISCHE AKADEMIE
SOZIALISTISCHE JUGEND NIEDERÖSTERREICH
NÖ GVV

GRin Gudrun Friedrich

„MEINE STÜCKE SIND MEINE KINDER“

© Fotos und Text: Rainer Friedl

menschen im gemeinderat.

Gibt's eine weibliche Form für „Tausendsassa“? Gudrun Friedrich ist eine solche. Sie schreibt Stücke fürs Theater, ist eine „Upcyclerin“ der ersten Stunde und engagiert sich im Gemeinderat ihrer Heimatgemeinde Pyhra im Bezirk St. Pölten.

Worum es in Gudruns Stücken geht, wird nicht verraten. Nur so viel: Es ist mit Sicherheit lustig. Das lässt sich schon aus Titeln wie „Casanovas bester Schuss“, „Geschüttelt, nicht gerührt“ oder „Alphaweib sucht Teilzeitprinz“ leicht ableiten. Wann ist sie eigentlich selbst mit einem Stück zufrieden? „Wenn ich schon beim Schreiben so lachen kann, dass ich eine Pause machen muss.“

Geschrieben wird natürlich in Hochdeutsch, gespielt aber immer im Dialekt- je nach Aufführungsort. So auch in Raggal in Vorarlberg, wie sich Gudrun erinnert. „Ich hätt' dort überhaupt nichts verstanden, wenn ich mein Stück nicht gekannt hätte.“ Gudrun verlangt im Unterschied zu manch anderem Autor keine Aufführungsgebühren. „Meine Stücke sind meine Kinder, ich brauch' kein Geld dafür. Ich freue mich, wenn ich meine Figuren lebendig auf der Bühne sehe.“

Die Mama der Fraktion

Gespielt werden Gudrun Friedrichs Stücke quer durch Österreich. Fixpunkt ist in der eigenen Gemeinde, wo die Theatergruppe „Pyhranas“ aktiv ist. Da ist Gudrun schon selbst auf der Bühne gestanden und auch als Souffleuse aktiv gewesen.

Aktiv in der Gemeindepolitik ist sie seit der jüngsten Gemeinderatswahl 2020. Da hatte die SPÖ ernsthafte Personalprobleme und Gudrun musste nicht lang überredet werden, zu kandidieren. „Der Vater hätte sich im Grabe umgedreht, wenn sich die SPÖ bei uns aufgelöst hätte.“ Heute besetzt sie eines von vier Mandaten im Gemeinderat und hat den Vorsitz im Prüfungsausschuss. Sie ist die „Mama“ der Fraktion, die drei Kollegen „könnten meine Kinder sein“. Ihr hoher Bekanntheitsgrad in Pyhra ist leicht erklärt: „Wenn wo Hilfe gebraucht wird, bin ich dabei.“ Vom Aushelfen in der Sportplatz-Kantine bis zur Feuerwehr.

© privat

„Zuerst reden, dann machen“

Das Verhältnis zum Bürgermeister beschreibt sie als gut. Auch deshalb, weil für sie die sachbezogene Arbeit im Vordergrund steht – da gibt es viele Projekte, wo die SPÖ mit im Boot war. „Zuerst reden, dann machen“, lautet ihre Devise. Fundamental-Opposition machen andere Parteien. In der Kommunalpolitik generell wünscht sie sich mehr Frauen, weil die „anders aufeinander zugehen“. Und von einem ist sie auch überzeugt: Eine Reform der SPÖ geht nur von unten nach oben.

Gudrun liebt die Farben. „Ich male alles an – Möbel, Kleidung, bei mir wird nichts weggeworfen. Das habe ich schon gemacht, bevor der Begriff ‚Upcycling' in Mode kam.“

Großen Rückhalt findet sie in der Familie – bei ihrem Mann, den beiden Söhnen und deren Familien. Gemeinsam verbringen sie viel Zeit bei Musikveranstaltungen und auf Rock-Konzerten. „Mein Mann und ich können mittlerweile auch die Texte der ‚Toten Hosen' mitsingen.“ Im Moment bereitet Gudrun gerade ein Theaterstück über die Politik vor. Wie immer gilt: Die Figuren sind frei erfunden, allfällige Parallelen zu real existierenden Personen sind rein zufällig. Aber eines ist jetzt schon klar: „In meinem Stück wird's in der Gemeinderatssitzung lustiger zugehen als in Wirklichkeit.“

FRC KOMMUNALE KREDITPLATTFORM: DIE DIGITALISIERUNG DER KOMMUNALEN DARLEHENSFINANZIERUNG

PERSONALISIERT, HYBRID UND NACHHALTIG

Durch die fortschreitende Digitalisierung in der heutigen Gesellschaft verändern sich zunehmend auch die Anforderungen an die Finanzberatung bei Gemeinden. Die betroffenen Stakeholder wie Bürgermeister, Finanz- und Amtsleiter verlangen zunehmend nach digitalen und ortsunabhängigen Lösungen. Dies betrifft sowohl Neukreditaufnahmen als auch bestehende Darlehensfinanzierungen.

Die Vielfalt und Komplexität an Finanzprodukten sowie rechtliche und regulatorische Richtlinien stellen eine Herausforderung dar, entsprechende digitale Produkte zu entwickeln und am Markt zu etablieren. Dabei sind die individuellen Bedürfnisse der Gemeinden insbesondere eine weiterhin geforderte persönliche Beratung zu berücksichtigen.

DIGI Finance – Personalisierte Digitalisierung

Hinsichtlich Benutzerfreundlichkeit besteht die Herausforderung, digitale Beratungstools für die Kunden einfach und verständlich zu gestalten. Nur so lässt sich die Bereitschaft zur Anwendung steigern. Durch den Einsatz von teilweiser digitaler Finanzberatung ist es also notwendig, bestehende Prozesse und Strukturen an eine neue, hybride Arbeitsweise anzupassen.

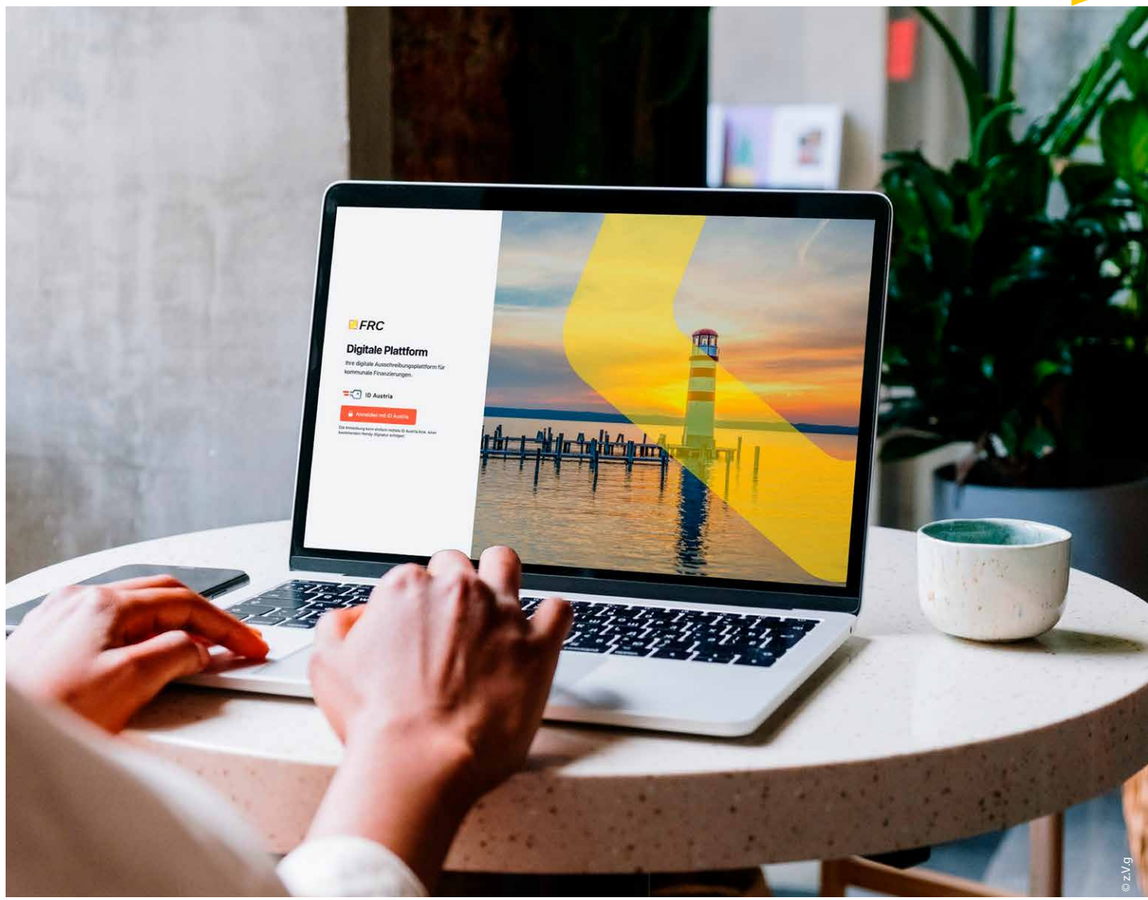
Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die vorhandenen Qualitätsstandards nicht darunter leiden. Eine hochwertige sowie regulatorisch korrekte Beratung sollte sichergestellt werden. Gleichzeitig müssen jene Kompetenzen, welche für einen effizienten Umgang mit digitalen Tools erforderlich sind, sowohl auf der Kunden- als auch auf der Beraterseite vorhanden sein.

Um hybride Plattformen nachhaltig erfolgreich zu implementieren, bedarf es einer Reihe von Maßnahmen. Zuerst ist es wichtig, dass Leistungen und Lösungsansätze, die bisher auf traditionellem Weg erbracht wurden und zu einem nachhaltigen Mehrwert geführt haben, als solche erkannt werden. Im nächsten Schritt muss ein Weg gefunden werden, diese in den hybriden Beratungsprozess zu implementieren und somit die ideale Mischung aus persönlicher und digitaler Beratung anbieten zu können. Eine reine digitale Anwendung ohne Beratung ist zu wenig. Personalisierte Digitalisierung ist also gefragt.

Mit der Ausschreibungsplattform „FRC Kommunale Kreditplattform“ haben wir eine digitale, personalisierte Arbeitsumgebung für die effiziente Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschaffen. Bei unserem Online-Modul wurde besonders auf die Einbeziehung von bewährten Vorgehensweisen im traditionellen Ausschreibungsprozess für Neufinanzierungen geachtet. Im Rahmen unserer „FRC Kommunale Kreditplattform“ hat jede Kommune die Möglichkeit, Ausschreibungen durchzuführen, ohne auf Beratungsleistungen verzichten zu müssen. Nach dem Befüllen mit den jeweiligen Eckdaten kann die Darlehensausschreibung auf Knopfdruck angestoßen, eingesehen und verwaltet werden.

DIGI Green Finance

In der Erweiterung hin zu DIGI Green Finance beschäftigen wir uns auch mit Nachhaltigkeits- und ESG-Aspekten. Sobald klare Kriterien dazu nachweislich auch für Gemeinden definiert sind, werden wir diese zur Anwendung bringen. Die gesteigerte Nachhaltigkeit sollte sich somit direkt auf die Finanzierungskosten von Gemeinden niederschlagen und zu einer Verbilligung von kommunalen Projekten führen. Bei Investitionen im sozialen Bereich haben wir die ersten Beweise dafür.



© zVg

FRC – Finance & Risk Consult GmbH

© zVg

Mag. Heinz Hofstaetter *(links)*
3100 St. Pölten, Birkengasse 53

Werner Lehner *(rechts)*
7000 Eisenstadt, Bergstraße 10

Tel.: +43 5 1722
E-Mail: support@frc.at

www.frc.at
oder
https://onair.frc.at

© zVg

BEZAHLTE ANZEIGE

© ZVG

„GOLDENE KELLE“ FÜR OBER-GRAFENDORF (StP-Land). – Das ist Niederösterreichs höchste Auszeichnung für herausragende Baugestaltung und sensible Einfügung in das Orts- und Landschaftsbild. Um einem aussterbenden Ortskern entgegenzuwirken, realisierte die Gemeinde gemeinsam mit der SG Pielachtal eine Wohnhausanlage mit 40 Wohneinheiten, einem Gesundheitszentrum, sechs Geschäften und einem Café. Ergänzt wird das innovative neue Zentrum durch neue Fuß- und Radwege und einem durch die Verlegung einer Straße entstandenen Hauptplatz, der trotz stark befahrener Bundesstraße zum neuen Treffpunkt avancierte. Anstelle von Asphalt sorgen jetzt speicher- und versickerungsfähige Böden und Pflasterplatten im Sandbett für klimafitte Oberflächen, sowie eine Kombination aus Grün- und Sitzflächen für Verweilmöglichkeiten. Ein beliebter Aufenthaltsort an heißen Sommertagen ist auch die berankte Pergola mit Sprühnebel auf Knopfdruck. Die Platzgestaltung wurde so geplant, dass sie multifunktional nutzbar und adaptierbar ist.

www.sidl.at
instagram.com/guenther_sidl
facebook.com/sidl.guenther
S&D
STARKE GEMEINDEN IN EINEM STARKEN EUROPA!
Frohe Weihnachten und alles Gute für 2024!
Vor allem Gesundheit in einem solidarischen Europa.
Günther Sidl
Abgeordneter zum Europäischen Parlament

© NÖ GVV/Karl Zimmerl

Gemeinsame Informationskampagne mit Sozialberatungs-Sprechstunden direkt in der Gemeinde gestartet (v.l.): NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak, PVNÖ-Präsident Hannes Bauer und Volkshilfe-Präsident Ewald Sacher.

SENIORENFREUNDLICHE GEMEINDE 2024: START DER INFO-KAMPAGNE

Anlässlich des „Internationalen Tages der älteren Generation“ wurde ein Partnerschafts-Übereinkommen zwischen der Volkshilfe NÖ, dem NÖ GVV und dem NÖ Pensionistenverband unterzeichnet. Das Ziel: kostenlose Sozialberatung in den Gemeinden.

Die kostenlose Sozialberatung in den Gemeinden wird durch ehrenamtliche Sozialombudsleute durchgeführt. Die Aus- und Weiterbildungen dazu laufen bereits. Gemeinden, die sich aktiv beteiligen, werden 2024 als „Seniorenfreundliche Gemeinde bzw. Initiative“ ausgezeichnet.

Ehrenamtliche Sozialombudsleute bieten ab Jänner 2024 eine monatliche fixe Sprechstunde an. Weitere Sprechstunden bzw. Hausbesuche können gegen Voranmeldung mit den Sozialombudsleuten in der Gemeinde vereinbart werden. Zusätzlich zur Sozialberatung findet für alle BewohnerInnen der Gemeinde eine Infoveranstaltung statt, bei der die aktuellen Möglichkeiten der finanziellen Förderung von Bund, Land und Gemeinde präsentiert werden. Falls es in der Gemeinde noch keine Sozialombudsleute gibt, übernimmt die Volkshilfe die Ausbildung. Bereits ausgebildete Sozialombudsleute erhalten ein Update.

Alle Gemeinden, die ab Jänner und bis mindestens Sommer 2024 aktiv monatliche Sozialberatungs-Sprechstunden abhalten sowie eine Infoveranstaltung in der Gemeinde durchführen, werden im Herbst 2024 als „Seniorenfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet. Erfolgt die Organisation nicht durch die Gemeinde, sondern durch Personeninitiativen, erfolgt die Auszeichnung als „Seniorenfreundliche Initiative“. Die festliche Abschlussveranstaltung ist für Di, 24. 9. 2024 in St. Pölten geplant.

Sozialombudsleute-Schulungen

Ansprechperson für GemeindevertreterInnen:

Leiterin Freiwilligen-Service der Volkshilfe NÖ
Andrea Kahofer
Tel. 0676 / 8700 26700, E-Mail: andrea.kahofer@noe-volkshilfe.at

www.noe-volkshilfe.at

volkshilfe. NIEDERÖSTERREICH

GR Stefan Winter

„EINEN SCHRITT AUFEINANDER ZUGEHEN“

© Fotos und Text: Rainer Friedl

menschen im gemeinderat.

Stefan Winter ist einer, der offen auf Menschen zugehen und mit ihnen reden kann. Das kommt ihm in jedem seiner Aufgabenbereiche zugute: Auf der Intensivstation im Krankenhaus, als Profi-Fotograf für Familien und Hochzeiten und als Mandatar in der 1500-Einwohner-Gemeinde Gresten-Land im Bezirk Scheibbs.

Stefan ist Diplom-Krankenpfleger auf einer Intensivstation. „Ich mach das jetzt 11 Jahre und gehe jeden Tag gern in die Arbeit.“ Weil es ihn menschlich fordert, wie er erklärt. Er mag es, wenn es „menschelt“. Das kann er im Team erleben, mit Patienten, mit Angehörigen. Und das „darf man sich von den Schlagzeilen nicht nehmen lassen“, spielt er auf die seiner Meinung nach etwas zu dramatische Berichterstattung über Pflegeberufe an. „Das hat uns viel verhaut.“

„Ich bin kein Streithansel“

Die SPÖ hat 3 Mandate in Gresten-Land, die ÖVP 16. Das Verhältnis zum Bürgermeister beschreibt er als gut. „Er verfolgt einen gewissen Pragmatismus und ist sehr korrekt“. Stefans Credo: „Wir müssen an unserer Leistung gemessen werden, da steck’ ich meine Energie rein.“ Den politischen Mitbewerber schlecht zu reden, davon hält er nichts. „Ich hab’ noch nie geschimpft auf die ÖVP in unserer Gemeinde.“ Wichtig ist es ihm, miteinander gut auszukommen. „Wenn alle einen Schritt aufeinander zugehen, ist es viel leichter.“

Was man braucht, um in der Kommunalpolitik etwas zu bewegen? „Menschen, die in ihrer Gemeinde gut vernetzt sind. Ein Schlüssel dazu ist es, in Vereinen aktiv zu sein.“ Stefan sagt von sich selbst, ein „Vereinsmensch“ zu sein. Zum Beispiel im Heimatverein in Gresten-Land, der Kultur und Tradition pflegt und versucht, sie für die Nachwelt zu bewahren. „Die Menschen hier sind sehr mit der Landwirtschaft verbunden. Ihnen sind andere Dinge wichtig als in der Stadt.“

Im Wirtshaus diskutiert man über Alltägliches und kritisiert die Bundespolitik. Lokale Politik ist seltener ein Thema. Sehr gefallen hat ihm die Aussage des neuen SPÖ-Chefs Andreas Babler: „Warum nicht links überholen?“

Fotografie mit Leidenschaft

Stefans Elternhaus war sehr weltoffen und aufgeschlossen. Stefans Mutter war Fotografin und er daher schon als Kind mit im Studio dabei. Das hat seine Leidenschaft für die Fotografie geweckt. Schon als Jugendlicher hat er fotografiert, später dann immer öfter bei Hochzeiten. Gratis – bis ihn dann eine Profi-Fotografin zur Seite nahm und sagte: „Du kannst das. Warum machst du das nicht auch beruflich?“ 2016 hat er das Gewerbe angemeldet. Am Rande eines Hochzeits-Shootings hat ihn auch seine Vorgängerin im Gemeinderat gefragt, ob er nicht in der SPÖ mitmachen wolle.

„Meine Preise sind sehr überschaubar. Mein Ziel ist es nicht, viel Geld zu verdienen.“ Sondern? „Mir geht es darum, dass wir eine gute Zeit miteinander haben. Die Menschen sollen mich nicht als Fotografen sehen, sondern als Gast. Wenn ich das schaffe, dann werden’s gute Fotos.“ Wovon man sich überzeugen kann: https://www.fotows.org/

Wie bringt man all diese Jobs unter einen Hut? „Mit einer sehr toleranten Partnerin“. Und die Fotos bearbeiten kann er ja, wenn ihn die Kinder gerade nicht brauchen. Zwillinge, ein Mädchen und ein Bub, 5 Jahre sind sie jetzt. Was wünscht er sich für sie? „Dass sie fröhliche und zufriedene Menschen bleiben und später einmal sagen: Unsere Eltern waren coole Typen.“

der gemeinde-rat.

© NÖ GVV / Pia Odorizzi

Die Autorin Mag.a Sabine Blecha ist die Juristin des NÖ GVV. Kontakt: sblecha@noegvv.at

IM SPANNUNGSFELD VON AUSKUNFTS-PFLICHT UND AMTSGEHEIMNIS

2025 verabschiedet sich Österreich vom Amtsgeheimnis. Ein neues Informationsfreiheitsgesetz wird ein Grundrecht auf Information bringen. Bis dahin gilt das NÖ Auskunftsgesetz, durch das man bereits jetzt schon Informationen von Organen der Verwaltung bekommt. Verschwiegenheitspflichten gelten aber.

Nach dem NÖ Auskunftsgesetz hat jedermann ein gewisses Auskunftsrecht gegenüber Verwaltungsorganen, Verschwiegenheitspflichten sind dabei zu beachten. Beschlossen wurde es im Mai 1988, mit dem Ziel, die bislang von der Verwaltung freiwillig angeboten Informationsleistungen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und dem Bürger ein durchsetzbares Recht auf Auskunft einzuräumen. Hintergrund war, dass 1987 eine Novelle der österreichischen Verfassung das Auskunftsrecht bei Bundesministerien auf alle Organe der Verwaltung ausdehnte. Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Organe anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts müssen seitdem über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskünfte erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht (Amtsgeheimnis) nicht entgegensteht.

Amtsgeheimnis

In der österreichischen Bundesverfassung sind die Pflichten zur Verschwiegenheit und zur Auskunft im selben Artikel geregelt (Art 20 Abs 3 und 4 B-VG). Der Auskunftspflicht steht oft das Amtsgeheimnis entgegen: alle mit Aufgaben der Bundes, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Organe anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der umfassenden Landesverteidigung, der auswärtigen Beziehungen, im wirtschaftlichen Interesse einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, zur Vorbereitung einer Entscheidung oder im überwiegenden Interesse der Parteien geboten ist (Amtsverschwiegenheit).

NÖ Auskunftsgesetz

Das NÖ Auskunftsgesetz knüpft an diesem Verfassungsartikel an: Nach § 2 Abs. 1 hat jeder das Recht, Auskunft von Organen des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der durch die Landesgesetzgebung zu regelnder Selbstverwaltung zu erhalten. Die Auskunft kann telefonisch, mündlich oder schriftlich, auch elektronisch verlangt werden. Nach der Judikatur sind Auskünfte Wissenserklärungen, deren Gegenstand ausschließlich solche Informationen sein können, die zum Zeitpunkt der Anfrage der Verwaltung bereits bekannt waren und nicht erst von der ersuchten Verwaltungseinheit beschafft werden müssen. Eine Auskunft ist daher die Mitteilung gesicherten Wissens, nicht aber die Mitteilung von Meinungen, Auffassungen und Mutmaßungen. So betrachtet sind insbesondere nur Ergebnisse eines abgeschlossenen Willensbildungsprozesses beim zuständigen Organ und damit Tatsachen Gegenstand einer Auskunft.

© istock.com/Dilok Klaisataporn

Informiert werden muss über die Tätigkeit der Behörde, es besteht keine Pflicht zur Begründung behördlichen Handelns oder Unterlassens. Der Gesetzgeber wollte den Organen der Vollziehung im Wege der Auskunftspflicht – neben der ohnehin bestehenden politischen Verantwortung gegenüber den jeweiligen gesetzgebenden Körperschaften - nicht auch eine Verpflichtung überbinden, ihre Handlungen und Unterlassungen dem anfragenden Bürger gegenüber zu begründen bzw. zu rechtfertigen.

Die Auskunft muss möglichst rasch, spätestens aber innerhalb von acht Wochen nach Einlangen des Ersuchens erteilt werden. Kann die Auskunft innerhalb dieser Frist nicht erteilt werden, so muss der Auskunftssuchende darüber mit Begründung informiert werden (§ 4). Der Verwaltungsaufwand ist dabei gering zu halten, die Herstellung von Kopien, Ausdrucken oder anderen Vervielfältigungen darf von der Bezahlung der Selbstkosten abhängig gemacht werden. Das ersuchte Organ muss bemüht sein, die Auskunft in verständlicher Weise zu erteilen, ist eine schriftliche Anfrage unklar, muss eine Verbesserung des Auskunftsersuchens aufgetragen werden. Die Achtwochenfrist beginnt diesfalls erst mit dem Einlangen der Verbesserung. Bei einem unzuständigen Organ muss das Verlangen möglichst rasch an das zuständige Organ weitergeleitet werden (unter Verständigung des Antragstellers) oder ist der Auskunftssuchende an dieses zu verweisen.

Verweigerung der Auskunft

Die Auskunft darf zulässig verweigert werden (§ 5), wenn der Erteilung der Auskunft eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht entgegensteht (Amtsverschwiegenheit, Datenschutz, Verschwiegenheitspflichten in einfachgesetzlichen Regelungen usw.). Weitere Verweigerungsgründe sind der fehlende Wirkungsbereich des Organs oder wenn durch die Erteilung der Auskunft die Besorgung der übrigen Aufgaben des Organs wesentlich beeinträchtigt wäre. Ebenso wenn die Auskunft offenbar mutwillig verlangt wird, die für die Erteilung der Auskunft erforderlichen Informationen erst beschafft werden müssen und/oder umfangreiche Ausarbeitungen erforderlich sind, oder die Information dem Auskunftssuchenden anders zugänglich ist.

Sollte die Auskunft nicht erteilt werden, kann der Auskunftssuchende verlangen, dass die Auskunft mit Bescheid verweigert wird (§ 6). So ein Antrag auf Bescheiderlassung muss bei sonstigem Anspruchsverlust spätestens binnen 3 Monaten nach dem Einlangen des Auskunftsersuchens schriftlich gestellt werden. Dem Antrag muss entweder eine Kopie des seinerzeitigen schriftlichen Auskunftsersuchens oder die schriftliche Ausführung des telefonisch oder mündlich gestellten Auskunftsersuchens angeschlossen werden. Innerhalb einer Frist von 1 Monat nach Einlangen des Antrages auf Bescheiderlassung darf das ersuchte Organ die Auskunft nachholen, in diesem Fall ist der Antrag abzuweisen. Zur Erlassung des Bescheides, mit dem die Auskunft verweigert wird, ist in Sachen, die von einer Gemeinde besorgt werden, das jeweilige zuständige Gemeindeorgan tätig zu werden.

Neben dem Recht auf Auskunft von Verwaltungsorganen (Abschnitt 1) regelt das NÖ Auskunftsgesetz weitere Materien wie zB. auch das Recht auf freien Zugang zu Umweltinformationen und die Information der Öffentlichkeit über die Umwelt (Abschnitt 2).

Nach der jüngeren Judikatur ist das Vorliegen einer Verschwiegenheitspflicht von der Behörde wahrzunehmen. Eine Verweigerung der Auskunft muss genau geprüft und begründet werden. Die Forderung nach maximalem Datenschutz und gleichzeitig möglichst weitgehender Auskunftspflicht spitzt das Spannungsfeld zwischen Schutz der Privatsphäre und Transparenz weiter zu. Zwar ist auch im NÖ Auskunftsgesetz ein Vorrang der Amtsverschwiegenheit vor der Auskunftspflicht erkennbar, da Auskünfte nur insoweit zu erteilen sind, als dem „eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht nicht entgegensteht“. Das jeweilige Organ kann sich jedoch nicht ausschließlich auf die Amtsverschwiegenheit berufen, sondern hat in jedem Einzelfall zu prüfen, ob das Interesse an einer Auskunft gegenüber dem Interesse an Verschwiegenheit überwiegt, was letztlich zu einer Auskunftspflicht führen kann. Pauschale Verweise insbesondere auf Geschäfts- und Amtsgeheimnisse oder Datenschutz reichen nicht aus. Die Behörde ist verpflichtet, Einzelfallbeurteilungen zu treffen und ihre Verweigerung zu begründen.

der gemeinde-rat.

© z.Vg.

© z.Vg.

Die AutorInnen dieses Fachartikels, DALILAH PICHLER, MSc und MMag. CLEMENS HÖDL, sind Experten des rennomierten KDZ – Zentrums für Verwaltungsforschung.

NEUERUNGEN DURCH DIE NOVELLE DER VRV 2015

Die Novelle zur VRV 2015 erlangt ihre Gültigkeit im Haushaltsjahr 2024. Sie ist somit erstmalig für den Voranschlag 2024 anzuwenden. Der Rechnungsabschluss 2023 muss noch auf Basis der nicht novellierten VRV 2015 erstellt werden. Im Rahmen der Novelle hat es einige Korrekturen, Klarstellungen und technische Ergänzungen gegeben. Mit dem Verordnungstext wurden zeitgleich auch die Erläuterungen weiterentwickelt und Neuerungen bei den Anlagen zur VRV 2015 umgesetzt.

(Kofinanzierte) Schutzbauten

Die Erfassung und Verbuchung von Schutzbauten ist eines der wesentlichen Themen, das im Rahmen der Novelle der VRV 2015 neu geregelt wurde. Gemäß einer Definition des VR-Komitees sind Schutzbauten Sonderanlagen zum Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen wie Hochwasser, Muren- und Lawinenabgängen. Hier wird nun auf Basis der Finanzierung zwischen „Schutzbauten" und „Kofinanzierte Schutzbauten" unterschieden. Kofinanzierte Schutzbauten sind solche, deren Errichtung von zumindest zwei, im Regelfall sogar drei, Gebietskörperschaften (Bund, Land und Gemeinde) finanziert wird. Diese unterscheiden sich von Schutzbauten, die nur von einer Gebietskörperschaft, in der Regel von der Gemeinde, finanziert werden.

In der Novelle zur VRV 2015 wurde festgelegt, dass die kofinanzierten Schutzbauten, die dem wirtschaftlichen Eigentum der Gemeinde zuzurechnen sind mit den jeweiligen Anschaffungs- und Herstellungskosten in die Vermögensrechnung zu übernehmen sind. Kofinanzierte Schutzbauten deren Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht bekannt sind und die vor dem 1. Jänner 2020 in Betrieb genommen wurden sind in der Anlage 6u „Nicht bewertete kofinanzierte Schutzbauten" zu erfassen. Kofinanzierte Schutzbauten, die nach dem 1. Jänner 2020 in Betrieb genommen wurden, sind mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellkosten auf den entsprechenden Konten zu verbuchen.

Für die Verbuchung der kofinanzierten Schutzbauten wurden neue Konten geschaffen. Kofinanzierte Schutzbauten sind auf der Kontengruppe 051 zu verbuchen. Gleichzeitig wurde auch eine Kontengruppe für im Bau befindliche kofinanzierte Schutzbauten in die VRV aufgenommen. Außerdem wurden die Kontengruppen zur Instandhaltung und Veräußerung in Bezug zu den kofinanzierten Schutzbauten neu definiert. Schutzbauten, die von einer einzigen Gebietskörperschaft finanziert werden, sind als Sonderanlagen zu behandeln (Kontengruppe 050).

Innere Darlehen

Gemeinden haben die Möglichkeit bedeckte Haushaltsrücklagen aus einem Ansatz für ein Investitionsvorhaben eines anderen Ansatzes als inneres Darlehen zu „verleihen". Damit soll es Gemeinden ermöglicht werden vorhandene zweckgebundene Zahlungsmittel zwischenzeitlich zu verwenden. Das somit gewährte „innere Darlehen" muss aber über eine vertretbare Laufzeit wieder dem ursprünglichen Ansatz rückgeführt werden. Das betrifft die Haushaltsrücklage auf der Passivseite sowie die Zahlungsmittelreserven auf der Aktivseite des Vermögenshaushalts.

Bisher wurde dieser Vorgang mit der Zwischenschaltung der Kontengruppe 936 Innere Anleihen/Darlehen abgewickelt. Die Kontengruppe 936 wird durch die Novelle abgelöst und durch die Kontengruppen 288 Innere Darlehen/Anleihen (Forderungen) und 336 Innere Darlehen/Anleihen (Verbindlichkeiten) ersetzt. Dadurch soll die Höhe der Forderung bzw. Verbindlichkeit zwischen den Ansätzen im Vermögenshaushalt dokumentiert werden. Die sonstigen langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten im Vermögenshaushalt können somit innere Darlehen zwischen den Ansätzen enthalten. Dies sollte bei der Interpretation des Vermögenshaushalts mitbedacht werden.

Auch der Finanzierungshaushalt ist durch die Bebuchung der Kontengruppen 288 und 336 betroffen. Mit der Kontengruppe 288 wird die investive Gebarung angesprochen. Die fiktiven Ein- und Auszahlungen werden als Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts dargestellt. Umgekehrt wird bei Kontengruppe 336 der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit beeinflusst. Hier werden die fiktiven Zahlungsströme als empfangene Darlehen von öffentlichen Körperschaften abgebildet. Der Ausgleich des Finanzierungshaushalts ist somit nur auf der Gesamthaushaltsebene ersichtlich.

Wertgrenze GWG

Bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG – Kontengruppe 400) wird der § 11 Abs. 4 VRV 2015 neu formuliert. Von nun an ist die Wertgrenze an den § 13 des Einkommensteuergesetzes gekoppelt. Eine Änderung im Einkommensteuergesetz zieht eine automatische Änderung in der VRV 2015 nach sich. Die Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter liegt seit 1. Jänner 2024 bei 1.000 Euro und ist im Voranschlag 2024 entsprechend zu berücksichtigen.

Kautionen aus Leasing

Für die Kautionen aus Leasing wird die Kontengruppe 274 neu geschaffen. Bisher gab es für zu bezahlende Kautionen aus Leasingverträgen, unabhängig ob es sich um Operating- oder Finanzierungsleasing handelte, keine voranschlagswirksame Verbuchungsmöglichkeit. Kautionen aus Leasing sind nunmehr voranschlagswirksam zu verbuchen und im Voranschlag 2024 erstmals entsprechend zu veranschlagen.

© istock.com/Ridofranz

Verrechnung operative/investive Gebarung

In den Investitionsnachweisen werden nicht nur die Kosten für investive Vorhaben aufgezeigt, sondern auch wie diese Projekte finanziert werden. Die Finanzierung kann über Darlehen oder Investitionszuschüsse erfolgen, aber auch beispielsweise aus Überschüssen aus der operativen Gebarung.

Damit die Überschüsse aus der operativen Gebarung dem Vorhaben im Buchungssystem zugeordnet werden konnten, wurden bisher in der Regel Kontengruppen verwendet, auf denen auch sonstige laufende Erträge und Aufwendungen verbucht sind. Es fehlten eigene Kontengruppen, um die Verrechnungsbeträge klar (zumindest bis zur 3. Dekade) zu trennen.

Für die Verrechnung zwischen der operativen Gebarung und dem Investitionsnachweis wurden in der Novelle mit den Kontengruppen 799 Zuweisung an Verrechnungsrücklage zwischen operativer Gebarung und Projekten und 899 Entnahme aus Verrechnungsrücklage zwischen operativer Gebarung und Projekten zwei neue Kontengruppen geschaffen. Die Zuordnung erfolgt dabei über die Verrechnungsrücklage auf Kontengruppe 910 Verrechnung zwischen operativer Gebarung und Projekten.

Zudem wurde der Ansatz 980 Verrechnung zwischen operativer Gebarung und Projekten geschaffen, um die Summe der verwendeten Überschüsse für Investitionsvorhaben im Voranschlag sowie Rechnungsabschluss ersichtlich zu machen. Auf diesem Ansatz wird immer die Zuweisung an die Verrechnungsrücklage (799) gebucht – somit ein Aufwand im Ergebnishaushalt. Die Entnahme aus der Verrechnungsrücklage (899) erfolgt auf dem Ansatz, in dem das Investitionsvorhaben zugeordnet ist.

Die Zwischenschaltung der Kontengruppe 910 trägt dazu bei, dass auf Gesamthaushaltsebene ein Soll- und Haben-Ausgleich erfolgt und somit keine Restbeträge vorhanden sind. Eine Kontrolle der verwendeten Mittel erfolgt dahingehend, dass die Saldierung der Kontengruppen 799 und 899 am Jahresende null ergibt.

Korrektur der Eröffnungsbilanz

Die 5-Jahres-Frist für Berichtigungen in der erstmaligen Eröffnungsbilanz wird aufgehoben. Somit sind Korrekturen von Fehlern und Änderungen von Schätzungen in der Eröffnungsbilanz unbefristet zulässig. Für ergebnisneutrale Berichtigungen, z.B. die Abschreibung eines nacherfassten Anlageguts, gibt es nun die neue Kontengruppe 932.

Anlagen

Zu den Anlagen ist anzumerken, dass es in defacto jeder Anlage Anpassungen gegeben hat, wobei diese Anpassungen in vielen Anlagen primär technischer Natur sind. Die Anlage 4 – Personaldaten der Gemeinde im Sinne des Österreichischen Stabilitätspakts und die Anlage 5b – Voranschlags- und Rechnungsquerschnitt wurden sehr umfassend weiterentwickelt. Die Anlage 6u – Liste der nicht bewerteten kofinanzierten Schutzbauten wurde mit der Novelle neu in die VRV 2015 aufgenommen.

Impressum/Offenlegung Kommunale Information magazin (KIm)
Medieninhaber und Herausgeber:
Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in Niederösterreich,
Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz
Vorsitzender: Präsident Bgm. Rupert Dworak
Vorsitzender-Stv.: Direktor StR Mag. Ewald Buschenreiter
ATU 65073733
Unternehmensgegenstand: Produktion und Herausgabe einer Mitgliederzeitung für den Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich.
Grundlegende Richtung: Information aus kommunal relevanten Bereichen
Anschrift der Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten
Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at),
Autor der SPNÖ-Seite: Erwin Nußbaum-Kranz. Fachbeiträge dieser Ausgabe:
Mag.ª Sabine Blecha; Dalilah Pichler MSc; MMag. Clemens Hödl; Gregor Unfried; Beatrix Dunkl;
Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at
Grafik: FRIEDL UND SCHMATZ GesmbH & Co KG
Druck: Berger und Söhne GesmbH, Horn